

GeschichtsKorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 2-26. Jg.

Mitteilungsblatt

Oktober 2020

Zu dieser Ausgabe:

Wir gedenken unseres kurz nach Vollendung seines 90. Lebensjahres verstorbenen Genossen und Historikerkollegen Eberhard Czichon. Seine kritischen Analysen des Finanzkapitals, die dessen vor keinem Verbrechen zurückschreckendes Profit- und Machtstreben enthüllten und dies am Agieren seiner hervorragenden Exponenten deutlich machten, sind aktueller denn je. Seine Arbeiten zum wirken Ernst Thälmanns sind überzeugende Beiträge, um die realen Bedingungen des Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse und der Menschheit vom Kapitalismus – insbesondere einer klaren antikapitalistischen Programmatik und optimaler Organisiertheit (mit der marxistischen Partei als wichtigstem Element) – bewusst zu machen.

Die Beiträge dieser Ausgabe sind Prozessen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts gewidmet, die Jahrzehnte, ja Jahrhunderte heranreiften und sie auch im 21. Jahrhundert prägen, wohl ihre Vollendung finden. *Günter Benser* („Der Platz des 3. Oktober 1990 in der deutschen Geschichte“) mahnt, zwischen der grundsätzlichen Bewertung deutscher staatlicher Einheit und der Art und Weise ihres Zustandekommens, ihrer innen- wie außenpolitischen Beschaffenheit und des Agierens ihrer politischen Vollstrecker zu unterscheiden. Er arbeitet die Motivation des zunächst spaltenden BRD-Großkapitals heraus, deren Ergebnis „der totale Umbau der ostdeutschen Gesellschaft zu einer passfähigen Provinz der BRD“ war. Der 3. Oktober 1990 erweist sich als politische Inszenierung zur Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik. *Wolfgang Triebel* („Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus 1945“) macht deutlich, dass die Kräfte der Arbeiterbewegung dabei vorangingen, dem deutschen Volke den Weg in eine demokratische, progressive Zukunft zu bahnen. Er erörtert es schwerpunktmäßig an der Rolle führender Persönlichkeiten, der Kommunisten Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht und der Sozialdemokraten Otto Grotewohl und Kurt Schumacher, beleuchtet aber zugleich (und konkret-biographisch) die notwendige, unverzichtbare Rolle der Persönlichkeit auf allen Ebenen, von der betrieblichen und lokalen über die regionale bis zur nationalen. Das wird sichtbar an den Parteibildungsprozessen als Voraussetzung und Grundlage politischen Wirkens. Sehr konkret wird der Differenzierungsprozess in der deutschen Sozialdemokratie beleuchtet und die Rolle ihrer klassenbewussten, zur Arbeitereinheit strebenden Kräfte gewürdigt, desgleichen die Anfänge der Blockpolitik im Sommer 1945.

Abschließend äußern wir uns zur konkreten Gestaltung der Tätigkeit unseres Arbeitskreises unter den gegenwärtigen außergewöhnlichen Bedingungen bis Ende des Jahres 2020.

Die nächste Nummer der *GeschichtsKorrespondenz* erscheint Oktober/November 2020.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Prof. Dr. Günter Benser Der Platz des 3. Oktober 1990 in der deutschen Geschichte	S. 3
Prof. Dr. Wolfgang Triebel Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus 1945	S. 12
Zur weiteren Gestaltung der Tätigkeit des Arbeitskreises bis Ende 2020	S. 39

Impressum: Die *Geschichtskorrespondenz* erscheint in der Regel vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern/ Interessenten des Arbeitskreises per E-Mail kostenlos zur Verfügung gestellt.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre (bzw. eine von ihnen zu nutzende) E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der Kontaktadressen mit.

Die *Geschichtskorrespondenz* kann unter

www.die-linke.de/geschichtskorrespondenz

im Internet abgerufen werden.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Günter Benser

Der Platz des 3. Oktober 1990 in der deutschen Geschichte

Wenn wir über den Platz des 3. Oktober 1990 in der deutschen Geschichte nachdenken, stellt sich zunächst die Frage: Wie ist der 3. Oktober überhaupt als historisches Datum in die deutsche Geschichte hineingeraten?

Es handelte sich ja nicht darum, dass hier einem herausragenden, im Bewusstsein der Staatsbürger präsenten historischen Ereignis ein Tag des Gedenkens gewidmet wurde. Vielmehr wurde ein Datum gesucht, das als Termin eines vorgesehenen Ereignisses geeignet erschien, um anschließend in den Rang eines nationalen Feiertages erhoben zu werden. Wäre es darum gegangen, einen Nationalfeiertag der nun wieder in einem gemeinsamen Staat lebenden Deutschen zu erwählen, hätte sich als geeignetster Bezugspunkt der Erinnerungskultur einer erneuerten und erweiterten Bundesrepublik Deutschland die Geburtsstunde der deutschen Republik angeboten, also der 9. November 1918. Dies umso mehr als dieser Tag angesichts des Pogroms gegen die jüdische Bevölkerung 1938 und der Grenzöffnung 1989 äußerst geschichtsträchtig ist, erinnert er doch an sehr unterschiedliche und widersprüchliche Facetten deutscher Geschichte.

Der 3. Oktober hingegen wurde im Voraus anvisiert, weil jener Tag festgelegt werden musste, an dem der Beitritt der fünf ostdeutschen Länder und Berlins zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vollzogen werden sollte. Und so fand in die Ausfertigung des „Einigungsvertrages“ Art. 2, Abs. 2 die Formulierung Eingang: „Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag.“

Wie so Vieles bei der Überwindung der deutschen Zweistaatlichkeit war auch die Erhebung des 3. Oktobers zum „Tag der deutschen Einheit“ keine Manifestation deutscher Eintracht. So überrascht es auch nicht sonderlich, dass die beiden – distanziert mit einander umgehenden – Regierungschefs, Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizère, über die Festlegung jenes Datums, zu dem die neue deutsche Einheit in Kraft treten sollte, unvereinbare Versionen in Umlauf gebracht haben.

Helmut Kohl hat sich in den „Kellergesprächen“ wie folgt geäußert: Den von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen 9. November nannte er einen „Idiotentermin“. *„Süssmuth und die ganzen Ärsche wollten den 9. November nehmen, von der Reichskristallnacht über die deutsche Kapitulation im Ersten Weltkrieg“*. Er dagegen ließ sich *„vom Deutschen Wetterdienst eine Expertise geben“*. Meteorologisch günstig erschien der 3. Oktober, der einen goldenen Herbst versprach. Kohl berief sich dabei auch auf den französischen Nationalfeiertag, den 14. Juli. *„Dieser Tag wird in Frankreich nicht aus dem Grund gefeiert, weil sie an diesem Tag den König umgebracht haben, sondern weil er in der besten Jahreszeit liegt und an diesem Tag die Ferien beginnen“* und man auf den Straßen tanzen könne.¹ Als besonders sattelfest erweist sich der Historiker Dr. Kohl hier nicht. Denn das Waffenstillstandsabkommen in Compiègne erfolgte erst am 11. November. Am 9. November

1 Heribert Schwan/Tilman Jens: Vermächtnis. Die Kohl-Protokolle, München 2014, S. 181/182.

kapitulierte die Hohenzollern-Monarchie, und es wurde die Republik ausgerufen. Am 14. Juli 1789 fand in Frankreich nicht die Hinrichtung des Königs, sondern der die Französische Revolution auslösende Sturm auf die Bastille statt.

Lothar de Maizère hingegen hat die Entscheidung über den Termin des Beitritts für sich und die Volkskammer der DDR reklamiert. Er berichtet, dass er sich entschlossen hatte, für den 22. August eine Sondersitzung der Volkskammer einzuberufen „mit dem einzigen Tagesordnungspunkt ‚Bestimmung des Tages des Beitritts‘. Wolfgang Ullmann, der Vizepräsident der Volkskammer kam daraufhin wütend zu mir und sagte, er gehe auf der Stelle zum Generalstaatsanwalt der DDR, um mich wegen Hochverrats anzuzeigen.“ Der Fraktionsvorsitzende der SPD Wolfgang Thierse „beantragte den Beitritt für den 13. September, das heißt, einen Tag nach der Unterschrift unter den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Dagegen sprach, dass die vier Siegermächte das Ergebnis der Verhandlungen am 1. Oktober in New York der KSZE-Außenministerkonferenz vortragen wollten... Die Liberalen beantragten nun den Beitritt zum 2. Oktober. Ich erklärte ihrem Fraktionsvorsitzenden Rainer Ortleb, dass sie dann diesen Tag ohne ihr Idol, Hans-Dietrich Genscher, feiern müssten, da dieser unmöglich von New York aus zur Stelle sein könnte. Sie telefonierten mitten in der Nacht mit Hans-Dietrich Genscher, der ihnen meine Bedenken bestätigte. Daraufhin änderten sie ihren Antrag auf den 3. Oktober, der so dann auch beschlossen wurde. Insofern hat das Datum nichts mit Kohl, wohl aber indirekt mit Hans-Dietrich Genscher zu tun“.²

Es erweist sich auf den ersten Blick, dass die Darstellung de Maizères die seriösere ist. Aber da sich beide Politiker auf den 3. Oktober festgelegt hatten, konnten beide Versionen koexistieren. Es brauchte sich kein Regierungschef gegen den anderen durchzusetzen.

Ihr besonderes Geschmäckle bekommt die Sache zudem dadurch, dass in der Volkskammer eigentlich nicht der Beitritt der DDR, sondern der Beitritt der Volkskammer zur BRD beschlossen worden war. Darüber ist in den Memoiren von Gregor Gysi zu lesen, dass der Beschluss der Volkskammer gelautet habe: „‘Die Volkskammer erklärt den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990.‘ Angesichts dieses Satzes erwachte der Anwalt in mir, der Sachwalter der juristischen Sprachpräzision. Denn: Die Volkskammer hatte lediglich ihren Beitritt beschlossen, nicht den Beitritt der DDR.“ Deshalb flüsterte Gysi dem amtierenden Vizepräsidenten der Volkskammer Reinhard Höppner zu, er solle sich den Beschluss noch einmal genau ansehen, die „Volkskammer habe nur ihren eigenen Beitritt beschlossen, nicht den Beitritt der DDR, so müsse die DDR eben leider künftig auf die Volkskammer verzichten. Er schaute nach und beging eine Urkundenfälschung, indem er nach dem Wort Beitritt kurzerhand die Worte ‚der Deutschen Demokratischen Republik‘ einfügte. Später hat er das auch öffentlich erklärt.“³

Am 3. Oktober 1990 vollzogen also die fünf ostdeutschen Länder und Berlin durch den

² Lothar de Maizère: Wurden im deutschen Einigungsprozess Chancen vertan? In: Martin Sabrow (Hrsg): Die schwierige Einheit (=Helmstedter Colloquien Heft 18), Göttingen 2016, S. 160.

³ Gregor Gysi: Ein Leben ist zu wenig. Die Autobiographie, 3. Aufl., Berlin 2017, S. 375.

Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes die Vereinigung mit der „alten“ Bundesrepublik. Punkt Mitternacht, also bei Tagesanbruch des 3. Oktobers – und nicht in den Abendstunden, wie mitunter zu lesen ist – ertönt am Schöneberger Rathaus in Westberlin die „Freiheitsglocke“. Am Reichstag wird eine riesige schwarz-rot-goldene Fahne aufgezogen. Ein Polizist muss dreimal in die Luft schießen, um am Boden liegende Zuschauer vor den nachdrängenden Menschen zu retten. „In freier Selbstbestimmung wollen wir die Einheit Deutschlands vollenden“, verkündet Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom Podium vor dem Deutschen Reichstagsgebäude, mit Mühe die Jubelschreie übertönend. Im Zentrum der Ehrentribüne stehend, genießt Bundeskanzler Kohl die ihm dargebrachten Huldigungen. Sein ostdeutscher Partner, Ministerpräsident Lothar de Maizière, hat sich bescheiden am Rande postiert. Am Potsdamer Platz verteilen Unbekannte Kondome mit Begleitschreiben: „Viel Spaß bei der Vereinigung“. „Deutschland halt’s Maul“ lautet die Parole einer Berliner Gegen-Demo, die zu Auseinandersetzungen mit der Polizei ausufert. Auch in anderen deutschen Städten finden Jubelfeiern statt, mehr im Osten als im Westen.

Soviel zum Zustandekommen des 3. Oktobers 1990, nach dessen historischen Stellenwert hier gefragt ist. In den letzten Jahren sind zahlreiche autobiografische Veröffentlichungen und Anthologien mit Lebensberichten besonders zu den „Wendejahren“ erschienen. In diesen Erinnerungen tauchen bei vielen Menschen der 4. und der 9. November 1989 als bleibende, ihr Leben verändernde Ereignisse auf, also die Riesendemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz für eine demokratisch erneuerte DDR und die Grenzöffnung in Berlin. Der willkürlich gesetzte 3. Oktober ist so gut wie niemandem einer Erinnerung wert, gleich gar nicht als Tag des großen Neubeginns. So war und blieb der 3. Oktober 1990 die staatspolitische Inszenierung des Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik.

Lassen wir die bizarren Begleitumstände der Implantierung eines „Tages der Einheit“ beiseite, und wenden wir uns dem eigentlichen Problem zu – der Herstellung eines neuvereinigten deutschen Staates, die mit dem Datum 3. Oktober 1990 in Kraft trat und der alljährlich mit Staatsakten, Volksfesten und erinnerungspolitischen Initiativen gedacht wird.

Die Deutschen hatten zwar in ihrer tausendjährigen Geschichte die geringste Zeit in einem gemeinsamen Staat gelebt, doch auch zu Zeiten deutscher Königreiche, Herzog- und Fürstentümer waren bedeutende Leistungen auf den Feldern von Wissenschaft und Technik, wirtschaftlichem Fortschritt, von Kunst und Literatur erbracht worden. Aber mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise war die Vielstaaterei endgültig zum Anachronismus geworden. Das Verlangen nach einem nationalen Markt, einer militärisch abgestützten Vertretung deutscher Kapitalinteressen nach außen, einer verbindenden Infrastruktur, gemeinsamen kulturellen und wissenschaftlich-technischen Institutionen, mehr Bewegungsfreiheit für politische und soziale Bewegungen, das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit der Bevölkerung waren übermächtig geworden. Das Ringen um Herstellung eines gemeinsamen deutschen Staates und die Auseinandersetzungen um Weg und Ziel seiner Realisierung wurden zum Grundzug deutscher Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Dass die 1871 im Ergebnis dreier dynastischer Kriege hergestellte Einheit in einem preußisch-deutschen Kaiserreich, abgelöst durch die parlamentarische Weimarer Republik,

in der Folgezeit wieder infrage gestellt worden war, war das Ergebnis deutscher Revanche-, Eroberungs- und Ausrottungspolitik, die in einem Zweiten, noch verheerenderen Weltkrieg gipfelte. Dieser endete bekanntlich in einer katastrophalen Niederlage des faschistischen Großdeutschen Reiches. Wenn die alliierten Siegermächte darüber nachdachten, ein neuerliches aggressives revanchistisches Machtgebilde im Zentrum Europas ein für allemal zu verhindern, so war dies eine naheliegende, nachvollziehbare Konsequenz. Und die Teilung Deutschlands schien ein probates Mittel ihrer Verwirklichung zu sein. Aber auf der Potsdamer Konferenz wurde diese Option nicht generell handlungsbestimmend. Dass aus vier Besatzungszonen zwei auf gegensätzlichen politischen, ökonomischen und sozialen Fundamenten beruhende, einander befeindende deutsche Staaten hervorgingen, war in erster Linie dem Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition und jenen veränderten internationalen Konstellationen geschuldet, die mit den Begriffen Systemauseinandersetzung und kalter Krieg umschrieben werden.

Dass die durch Konrad Adenauer repräsentierte politische Klasse der Westzonen treibende Kraft deutscher Teilung und der Restauration kapitalistischer Verhältnisse nach us-amerikanischem Vorbild war, kann nur bezweifeln, wer die Tatsachen ignoriert. Aber die Geschichte der deutschen Teilung soll und kann uns hier nicht im Einzelnen beschäftigen.⁴ Schließlich hatten die meisten Länder der Welt mit der Existenz von zwei deutschen Staaten zu leben gelernt. In vielen Hauptstädten war die Bildung eines vereinten ökonomisch und politisch übermächtigen Staatswesens im Zentrum Europas, noch dazu mit der Vergangenheit Deutschlands, keine wünschenswerte Perspektive.

Auch unter den Deutschen bestimmte in West wie in Ost die Überwindung der deutschen Teilung zunehmend weniger die politische Tagesordnung. In ihrer Mehrheit hatten sie sich in der Zweistaatlichkeit eingerichtet. Doch blieb das Bewusstsein immer präsent – insbesondere angesichts des vom Osten errichteten so manches Menschenleben auslöschenden Grenzregimes – dass die Konfrontation beider deutscher Staaten, die Teilung des Landes und die Trennung seiner Leute nicht der Endzustand deutscher Geschichte sein konnte. Hatte doch auch und gerade die SED-Führung die Wiedergewinnung der deutschen Einheit bis an die Schwelle der siebziger Jahre zu ihrer strategischen Aufgabe erklärt. Die Zugkraft, die von der bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft auf die in einer Mangelwirtschaft lebenden Ostdeutschen ausging war unübersehbar. Sie erwies sich auch als stärkeres Motiv, die DDR zu verlassen, denn das vielbeschworene Verlangen nach Freiheit. Es ist also angebracht zwischen der grundsätzlichen Bewertung deutscher staatlicher Einheit und der Art und Weise ihres Zustandekommens, ihrer innen- wie außenpolitischen Beschaffenheit und des Agierens ihrer politischen Vollstrecker zu unterscheiden.

Wie immer die Ostdeutschen persönlich Gewinn und Verlust im Zuge der wiedererrungenen deutschen Einheit erlebt haben mögen – im großen historischen Zusammenhang gibt es keinen Grund mit der Herstellung eines neuvereinten deutschen Staates prinzipiell zu hadern. Zumal der Anstoß, der die Chance eröffnete, die Teilung Deutschlands zu

4 Siehe hierzu Günter Benser: Zwei deutsche Staaten im 20. Jahrhundert. In: Geschichtskorrespondenz Nr. 2/25, Jg. 2019.

überwinden, durch den politischen Aufbruch in der DDR erfolgte. Wie selten in der deutschen Geschichte waren hier Potentiale demokratischen Handelns und der Verantwortungsübernahme freisetzt worden. „Flächendeckend wie nirgends sonst in Osteuropa verbreitete sich Selbständigkeit, in allen Lebensbereichen, durch alle Sozialstrukturen“⁵, schätzte der Bürgerrechtler Klaus Wolfram rückblickend ein. Und die Frage wo und wie das die Ostdeutschen erlernt hatten, beantwortete der Soziologe Wolfgang Engler wie folgt: „Offensichtlich in der DDR... Durch die Erfahrung sozialer Gleichstellung der überwiegenden Mehrheit“⁶. Das trotz politischer Spannungen weit verbreitete Wir-Gefühl, das in der Losung „Wir sind das Volk!“ seinen bis heute nachhallenden Ausdruck fand, ermöglichte den friedlichen Verlauf einer zunächst auf demokratische Erneuerung der DDR abzielenden Umwälzung.

So gesehen können wir den 3. Oktober 1990 als Symboldatum für die Einleitung eines neuen Kapitels deutscher Geschichte gelten lassen. Selbst die schärfsten Kritiker der Bundesrepublik sehnen die Vergangenheit – den Staat DDR und die Staatspartei SED – nicht wirklich oder zumindest nicht uneingeschränkt zurück. Alle wissen sich jener Vorzüge zu bedienen, die sich mit der Eingliederung der ostdeutschen Länder in die Bundesrepublik auch für sie persönlich eröffnet haben.

Friedrich Engels hatte den deutschen Linken, die mit der Reichseinigung von 1871 im Ringen um die Zukunft der Deutschen eine Niederlage erleiden und die Vereinnahmung der deutschen Territorien durch Preußen hinnehmen mussten, geraten, „das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen“⁷. 1990 wäre sein Ratschlag wohl nicht anders ausgefallen – die unter Bonner Regie vollzogene Einheit als neuen Kampfboden anerkennen und die so entstandenen Möglichkeiten zur Durchsetzung politischen, sozialen und kulturellen Fortschritts zu nutzen.

Problematisch werden hingegen Jubel um den 3. Oktober, wenn wir nach dem Zustandekommen des neuvereinten deutschen Staates, nach den damit verbundenen Deformationen und den ausgelassenen Chancen fragen. Denn die neue deutsche Einheit war nicht Ergebnis einer Vereinigung, sondern eines Anschlusses. Die Macher des Beitritts ostdeutscher Länder zur Bundesrepublik wollen sich ihr gelungenes Werk – das „große Geschenk der Einheit“ – und natürlich auch ihre eigenen Verdienste nicht vermiesen lassen. Gleichwohl räumen selbst so manche von ihnen inzwischen Versäumnisse, Unbedachtheiten, teils sogar Fehler ihres Agierens ein.⁸ Aber sie entschuldigen dies in der Regel als alternativlos. Es habe sich international angeblich nur befristet ein günstiges Zeitfenster für die Verwirklichung deutscher Einheit geöffnet. Sie haben recht, wenn sie darauf verweisen, dass der totale Umbau der ostdeutschen Gesellschaft zu einer passfähigen Provinz der BRD eine enorme Herausforderung darstellte. Aber war dies in

5 Klaus Wolfram: Wo sie das alles gelernt hatten. Was war und zu welchem Ende kam die politische Energie der Ostdeutschen. In: neues deutschland vom 27./28. Juni 2020.

6 Zit. in: Ebenda.

7 Engels an Marx - 25. Juli 1866 In: Marx/Engels Werke, Bd.31, S. 241.

8 Auf die aktuelle Bedeutung der „Wendeerfahrungen“ und auf Parallelen von 1989 und 2020 hat unlängst Stefan Bollinger aufmerksam gemacht. Siehe Stefan Bollinger: Krise der DDR 1989/90 – Hoffnungen, Bedingungen, Niederlagen. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 123, September 2020.

solchem Maße und solchem Tempo tatsächlich erforderlich? Den Zweiflern wurde eine Zustandsbeschreibung der Situation und der Potentiale der DDR entgegengehalten, wie sie schlechter kaum sein konnte, während sich die alte Bundesrepublik zum nicht zu überbietenden Vorbild verklärte, das keiner Reformen bedurfte und nicht das Mindeste von Ostdeutschland lernen konnte.

Die Fairness gebietet festzuhalten, dass die Suche nach vertanen Chancen nicht bei der Politik Helmut Kohls ansetzen kann, sondern bei der DDR beginnen muss. Die Preisgabe von Ulbrichts Reformpolitik, eine durch Produktivitätszuwachs nicht abgesicherte Sozialpolitik, die Verweigerung, produktiv mit den Impulsen von Perestroika und Glasnost umzugehen, Erstarrung in vielen Bereichen der Gesellschaft hatten das Vertrauen in die politische Führung und die Zukunftsfähigkeit der DDR schwinden lassen. Nicht nur die Republikflucht stieg an, selbst in den Reihen der SED wuchsen Zweifel am politischen Kurs und an der Führung. Nicht die politisch Verantwortlichen, sondern oppositionelle Gruppierungen deckten Widersprüche der DDR-Gesellschaft⁹ auf und machten sich zu Sprechern besorgter DDR-Bürger. Als die Krise offen aufbrach, waren weder die Honecker-Nachfolger, noch die auf eine Parteierneuerung drängenden Sozialisten, noch die sich formierende Bürgerbewegung in der Lage, hinreichend Autorität zu gewinnen, um auf Augenhöhe mit der Bundesregierung eine echte Politik deutscher Neuvereinigung einzuleiten, gleich gar nicht nach der chaotisch erfolgten Grenzöffnung vom 9. November 1989. Als eine Wiederherstellung deutscher Einheit auf die Tagesordnung rückte, standen sich also zwei Staaten mit in hohem Grade unterschiedener politischer Gestaltungskraft gegenüber. Dass dies von der Bonner Politik rücksichtslos ausgenutzt wurde, kann niemanden überraschen, der sich des Klassengegensatzes von BRD und DDR bewusst ist.

Aber das heißt auch, dass es Bonner Politik und Bonner Politiker sind, die in erster Linie die Verantwortung dafür tragen, wenn so manche Chance einer Erneuerung und einer Aussöhnung von Ost und West ungenutzt blieb, wenn sich – und das ist der bedrohlichste Makel – im neuvereinten Deutschland wie überhaupt in Europa und in anderen Teilen der Welt die politische Achse nach rechts verschoben hat. Es hat in der jüngeren deutschen Geschichte immer eine antihumane, rechtsextreme, chauvinistische, rassistische Strömung gegeben. Und ihr ist nicht einfach mit Verboten beizukommen. Doch nie seit 1945 – nicht in der DDR und nicht in der alten BRD – konnte sich diese Strömung derart massiv, organisiert, ungeniert, provokativ und aggressiv in der Öffentlichkeit präsentieren und Druck ausüben, wie dies gegenwärtig hierzulande möglich ist. Was bisher kaum Beachtung gefunden hat – bereits im Umfeld des Tages der Einheit 1990 kam es zu gehäuften pogromartigen Angriffen auf Ausländer und Immigranten.¹⁰

Was wäre wenn? ist eine Fragestellung, auf die keine unumstößlichen Antworten gegeben werden können, die aber dennoch legitim ist. So wichtig es ist, historische Abläufe anhand gesicherter Tatsachen, gestützt auf zuverlässige Quellen darzustellen, so berechtigt ist es

9 Siehe die sachkundige Darstellung der strategischen Differenzen und der Machtkämpfe innerhalb der SED von Heinz Niemann: Kleine Geschichte der SED. Ein Lesebuch, Berlin 2020.

10 Siehe die Dokumentation von Fabian Hillebrand: Im Wendeschatten. In nd-Woche vom 26./27. September 2020.

indes auch, darüber nachzudenken, was hätte eintreten können, wenn in bestimmten Situationen die Weichen anders gestellt worden wären, wenn sich andere Kräfte und Personen mit ihren Konzepten durchgesetzt hätten.¹¹ Unter diesem Aspekt lohnt es sich darüber nachzudenken, wann, wo und von wem Chancen vertan wurden, das neuvereinte Deutschland auf festere Fundamente zu stellen, ihm größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu verschaffen, ihm eine Perspektive zu verleihen, die den enormen Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.

Das ist ein weites Feld, denn es handelt sich um die Kehrseite der vorwiegend hochgelobten Realisierung deutscher Einheit. Folglich können hier auch nur ansatzweise wesentliche negative Begleiterscheinungen der Anschlusspolitik benannt werden, die sich historisch als vertane Chancen erwiesen haben.¹²

Als die demokratische Erneuerungsbewegung die gesamte DDR ergriff, wurde bald klar, dass sich in diesem Zusammenhang auch die deutsche Frage neu stellte. So griff die Idee einer Vertragsgemeinschaft zwischen BRD und DDR um sich, mit Aussicht auf eine Überwindung der deutschen Teilung im Rahmen der europäischen Integration. Das hätte einen längeren, behutsameren Weg zur deutschen Einheit ergeben, der sich nicht bereits am 3. Oktober 1990 als erfolgreich vollzogen feiern ließ. Es stimmt, dass Ende 1989 die Stimmung breiter Kreise der ostdeutschen Bevölkerung kippte, die wähten, ein rascher Anschluss an die Bundesrepublik, die Ausstattung mit der D-Mark brächte ihnen im Handumdrehen den gleichen Wohlstand, die gleiche soziale Sicherheit und die gleiche Reputation wie den langgedienten Bundesbürgern. So folgte auf die Grenzöffnung eine kurze Zeit nationalen Taumels, in der sich die Trabifahrer und die Porschepiloten in den Armen lagen, mit Sekt anstießen und so taten, als ob sie alle gleich seien, als ob es das Oben und das Unten nicht mehr gäbe.

Es war die Entscheidung des Bundeskanzlers Helmut Kohl, auf diesen Trend aufzuspringen, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen und im Interesse der herrschenden Klasse zu nutzen. Entgegen allen Warnungen besonnener Politiker in Ost und West. Die den Annäherungsprozess belastenden Anmaßungen, Versäumnisse, ruinösen Eingriffe in die ostdeutschen Verhältnisse hingen alle damit zusammen, dass der künftige deutsche Einheitsstaat als Sturzgeburt angesteuert wurde.

Dazu bedurfte es eines aufgeheizten politischen Klimas. Wer die zeitgenössischen Statements der führenden Politiker und die Berichte der tonangebenden Medien zur Kenntnis nimmt, kann eigentlich nur zu dem Schluss kommen, dass Ostdeutschland nichts aufzuweisen hatte, was es produktiv in die Einheit einbringen konnte, jedenfalls nichts in der DDR Entstandenes oder Geschaffenes. Die Wirtschaft habe total am Boden gelegen; ein aner kennenswerter Beitrag zur deutschen Nationalkultur sei von Kunst und Literatur der DDR nicht erbracht worden; von der Elite der DDR sei kein Impuls für das Gemeinwesen zu

11 Solche Betrachtungsweisen – das Fragen nach „nichtgeschehener Geschichte“ – haben in den letzten Jahren Schule gemacht. Siehe Jörg Roesler: Counterfactual History. Ihre Anwendung auf die Erforschung und Darstellung der DDR-Geschichte. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Jg. 2014, Bd. 118, Berlin 2014.

12 Ausführlich hierzu Günter Benser: Die vertanen Chancen von Wende und Anschluss. Es bleibt eine offene Wunde oder Warum tickt der Osten anders?, Berlin 2018.

erwarten, weshalb sie weitgehend aus Politik, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildungswesen auszusondern ist; Kindergarten, Schule, Parteien – allen voran die SED –, Gewerkschaften und Massenorganisationen haben eine deformierte, obrigkeitshörige, für rechtsextreme und rassistische Einflüsse empfängliche Bevölkerungsmehrheit hinterlassen. Ein solches System sei gründlich zu delegitimieren, vor allem mit der Formel vom „Unrechtsstaat“, durch einen grassierenden Enthüllungsjournalismus, durch Denunziationen und Verdächtigungen. Ein auf Ausgleich und Aussöhnung, auf ausgewogene Schuldzuweisungen eingestimmtes deutsches Parlament wäre gut beraten gewesen, einer Enquete-Kommission die Aufgabe zu stellen, Rolle und Verantwortung beider deutscher Staaten im kalten Krieg zu untersuchen. Der Deutsche Bundestag hingegen orientierte in absoluter Einseitigkeit und sich vielfach offenbarender Voreingenommenheit auf die „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“. Als ob sich Geschichte „aufarbeiten“ und irgendwie zu Ende bringen ließe.

Als Vollstrecker der Abrechnung mit der DDR dienten vor allem die „Treuhand-Anstalt“, Evaluierungskommissionen, die „Siegerjustiz“, geleitet und inspiriert von Gouverneuren aus dem Westen, mit denen Politiker der von CDU/CSU und FDP übernommenen Blockparteien und angepasste Vertreter der DDR-Opposition kollaborierten, die ihre friedenspolitischen und basisdemokratischen Losungen rasch ad acta gelegt hatten. Natürlich regte sich auf allen Feldern auch Widerstand, gab es Beispiele solidarischen Verhaltens mit den ostdeutschen Betroffenen, suchten umsichtige Abgesandte der westlichen Bundesländer Besonnenheit walten zu lassen und vernünftigen Lösungen den Weg zu bereiten. Aber prägend war die zuerst beschriebene Tendenz. So wurde das Vermächtnis der Runden Tische insonderheit der von ihm verabschiedete Verfassungsentwurf ignoriert, der Appell zur Nichteinmischung westlicher Parteien und Politiker in die Märzahlen missachtet, in Eigentumsfragen allen Warnungen zum Trotz das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ durchgesetzt.

Als symptomatisch für diese Praxis erwies sich, dass sich Bonn auf Artikel 23 des Grundgesetzes berief, der den Beitritt weiterer deutscher Länder zum Grundgesetz ermöglichte. Den Intentionen der Väter des Grundgesetzes hätte es indes entsprochen, den abschließenden Artikel 146 des am 23. Mai 1949 in Kraft getretenen Grundgesetzes in Anwendung zu bringen. Die Verfassungsgeber hatten – eingedenk der Tatsache, dass dieses Grundgesetz unter Besatzungsherrschaft entstanden war – die Bezeichnung Verfassung vermieden und ein Grundgesetz mit beschränkter Geltungsdauer beschlossen: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Für einen wahrhaftigen Tag der Einheit hätte es also mehr als eines bloßen Beitritts der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik bedurft: einer behutsameren, gleichberechtigten, Aussöhnung anstrebenden Aushandlung der Fundamente des neu-vereinten deutschen Staates, einer die Leistungen der ostdeutschen Bevölkerung und ihrer Eliten anerkennenden Gestaltung des politischen, sozialen und kulturellen Lebens, einer rascheren Angleichung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse, einer vom deutschen Volk beschlossenen Verfassung und einer neuen Hymne.

Und noch etwas trübt den deutschen Feiertag vom 3. Oktober. Wie oben dargestellt, hatte er den Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages als unabdingbare Voraussetzung. Die Präambel dieses Vertrages verhieß den Anbruch einer den kalten Krieg ablösenden unübertrefflichen Friedensepoche. Die Vertragspartner – so hieß es – haben ihre Übereinkunft „über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ getroffen, „entschlossen, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen, überzeugt von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln, in Bekräftigung ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen“.¹³

Uns wurde also eine Friedensära sondergleichen versprochen. Stattdessen befinden wir uns inzwischen in einer Welt, die mehr Kriegsherde aufweist als es im kalten Krieg je gegeben hat, in der zwischen den Supermächten des kalten Krieges mühevoll ausgehandelte Verträge zur Eindämmung der Hochrüstung oder gar Abrüstung wie wertloses Papier behandelt werden, in der sich selbst NATO-Staaten wie die Türkei und Griechenland mit Krieg bedrohen, in der deutsche Truppen nicht nur außerhalb unserer Landesgrenzen, sondern auch außerhalb der Territorien der NATO-Staaten, selbst auf fernen Kontinenten im Einsatz sind. Das hängt wesentlich mit jenen Veränderungen internationaler Kräfteverhältnisse und Interessenlagen zusammen, deren signifikantes Merkmal das Ende der deutschen Zweistaatlichkeit und die erhöhte Machtentfaltung der vergrößerten deutschen Bundesrepublik ist.

Die ausgelassenen Chancen und die unerfüllten Versprechungen können nicht ausgelassen bleiben, wenn die am 3. Oktober 1990 in Kraft getretene deutsche Einheit bilanziert wird. Kehren wir zur Ausgangsfrage nach dem „Platz des 3. Oktober 1990 in der deutschen Geschichte“ zurück, so kommen wir nicht umhin, uns des ambivalenten Charakter dieses Symboldatums bewusst zu sein.

13 Grundgesetz mit Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, Menschenrechtskonvention, Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Parteiengesetz und Gesetz über den Petitionsausschuss, München 1990, S. 91.

Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Triebel

Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus 1945¹⁴

Seit ewigen Zeiten haben Menschen sich von Persönlichkeiten leiten lassen, die in der jeweiligen Gesellschaft die politischen Richtlinien bestimmten bzw. durch ungewöhnliche Leistungen herausragten. Oft waren sie Sprecher einer Opposition mit sozial anders determinierten Lebensvorstellungen, von denen sie meinten, sie würden mehrheitlich den Volksinteressen entsprechen. Menschen wurden aber auch kraft Titel, Rang oder Herkunft zu Persönlichkeiten hochstilisiert, die sich höherstehend dünkten, oft aber aus Eigeninteressen niederträchtig handelten. Im hier in den Mittelpunkt gestellten Jahr 1945, Jahr des Sieges über den Hitlerfaschismus und Ende des 2. Weltkrieges, gab es im Lande keine herausragenden Führungskräfte der Arbeiterklasse mehr. Die führenden Persönlichkeiten von KPD und SPD, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid, waren im KZ Buchenwald ermordet worden, andere Oppositionelle in Konzentrationslager eingesperrt, erschlagen, vertrieben oder verbannt. Die bisher Herrschenden hatten sich umgebracht, befanden sich auf der Flucht oder bereits als Kriegsverbrecher in Haft bzw. hatten sich verkrochen. Die große Mehrheit der aus Schutzkellern und Verstecken ins Leben zurückgekehrte Bevölkerung war von dieser „Kategorie Persönlichkeiten“ in eine noch nie dagewesene geistige Leere gestoßen worden. Ein ganzes Volk war politischen Scharlatanen aufgefressen. Konnte man nach dem 1. Weltkrieg im deutschen Volk noch auf Unterstützung bürgerlicher Kritik besonders am Versailler Vertrag rechnen, für die Kriegsverbrechen und Missachtung der Menschenrechte durch die Nazierrschaft konnte niemand Verständnis erwarten. 1945 lagen Deutschland und weite Teile Europas in Trümmern. Menschenverachtung hatte Kultur und Moral zerstört. Die deutsche Bourgeoisie und ihre bizarren Leitfiguren hatten mit ihrer Verantwortung für die Verbrechen im 2. Weltkrieg den selbst auf tausend Jahre erklärten Anspruch als Staatsmacht gegenüber dem Volk verspielt. Eine solche „Staatsmacht“, schrieb Karl Marx, *„scheinbar hoch über der Gesellschaft schwebend, war dennoch selbst der skandalöseste Skandal dieser Gesellschaft und gleichzeitig die Brutstätte aller ihrer Fäulnis.“*

¹⁵

Wie 1870/71 Frankreich so war 1945 Deutschland in einer tiefgreifenden politischen und sozialen Krise, die in der Tat wie einst bei der Ablösung des Feudalismus im Mittelalter *„Riesen brauchte“*, aber konnte sie auch *„Riesen an Denkkraft, Leidenschaft und Charakter, an Vielseitigkeit und Gelehrsamkeit“* zeugen, die Wege

¹⁴ Für die geplante Donnerstag-Veranstaltung am 17. September vorgesehener Einführungsvortrag.

¹⁵ Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Marx-Engels-Werke (MEW), Bd.17, S.338.

aus dem Dilemma weisen?¹⁶ Keines der vom Krieg betroffenen Völker hatte diesen Krieg gewollt und keines war für die fünfzig Millionen Tote, Verletzte, zerstörte Städte, verwüstete Landschaften und das unendliche Elend verantwortlich – mit einer Einschränkung: Große Teile des deutschen Volkes hatten sich missbrauchen lassen, beim Überfall Nazideutschlands auf die Nachbarstaaten und gegen die Sowjetunion mitzumachen. Wenn der Bourgeoisie deswegen ihre bisherige Führung von Staat und Gesellschaft abzusprechen war, woher mussten jetzt die „Aktivisten der ersten Stunde“ kommen? Das Erwachen der Arbeiterbewegung war gefragt, die politischen Weichen hatten die Siegermächte im Potsdamer Abkommen mit der Entmachtung des Faschismus und der Beseitigung seiner Quellen gestellt.

Arbeiterfunktionäre standen 1945 zuerst auf aus Ruinen und ideologischem Vakuum

Am 22. und 23. April 1945 hatten Panzereinheiten der Roten Armee den Berliner Vorort Wilhelmsruh befreit. Der in Wilhelmsruh bekannte Kommunist, Emil Einkel (Jg. 1890), hatte aus dem Todesmarsch des KZ-Lagers Niendorf/Harz fliehen können und war nach Wilhelmsruh zurückgekehrt. Er begann sofort mit der Sammlung ehemaliger KPD-Mitglieder, Sozialdemokraten und anderer Antifaschisten. Emil Einkel erbat vom sowjetischen Ortskommandanten Major Kurotschkin die Erlaubnis zur Durchführung von Versammlungen der Kommunisten und Antifaschisten. Er erhielt die Erlaubnis. Die erste Zusammenkunft hat in den ersten Maitagen stattgefunden. Die Gruppe nannte sich „Fraktion der KPD Berlin-Wilhelmsruh“. Sie protokollierten ihre Zusammenkünfte, anfangs auf der Rückseite von Rechnungen und Kopfbogen von Betrieben wie z. B. der Bergmann-Elektricitäts-Werke Wilhelmsruh.¹⁷ Die Protokolle wurden unmittelbar nach den Versammlungen geschrieben und geben damals diskutierte Fragen ungefiltert wieder. Diese Protokolle zeigen den Willen zum gemeinsamen Handeln, aber auch die noch bestehenden politisch-ideologischen Vorbehalte zwischen KPD- und SPD-Genossen aus den Jahren vor 1933. Als Beispiel sei aus dem Protokoll vom 25. Mai 1945 ein kurzer Ausschnitt über Aktivitäten der Parteigruppe und die Aufnahme neuer Mitglieder zitiert: *„Der KPD ist ein Teil der politischen Macht als Geschenk in den Schoß gefallen. Wir wissen noch nicht recht, was wir damit anfangen sollen. Es ist leichter, etwas zu erwerben, als zu halten und zu erhalten. Die KPD hat die Macht in den Händen – sie ist Regierungspartei. Was unternehmen wir, um die Macht zu halten? Es muss organisiert werden.“*¹⁸ Am 25. Mai 1945 war noch keine deutsche Partei zugelassen.

16 Friedrich Engels, Dialektik der Natur. In MEW, Band 20, S. 311.

17 Sechs mehrere Seiten umfassende Protokolle zwischen dem 22. Mai bis zum 20. November 1945 sowie einige persönliche Erklärungen von Mitgliedern befinden sich in meinem Privatarchiv.

18 Protokoll vom 25. Mai 1945, S. 2.

Was motivierte die KPD-Genossen in Wilhelmsruh und anderswo in Berlin zu diesem Zeitpunkt, von einem „Teil der politischen Macht“ in „ihren Händen“ auszugehen, aber gleichzeitig nicht so recht zu wissen, was sie damit „anfangen“ sollen? Karl J. Germer, einer der jüngeren SPD-Funktionäre im Mai/Juni 1945, schrieb 1974 dazu, die Kommunisten zeigten sich „zu unserer Überraschung ängstlicher, als wir sie je kennengelernt hatten. Sie hatten die Information erhalten, dass im Gefolge der Roten Armee die emigrierten Führungskräfte der KPD nach Deutschland zurückkehren.“ An anderer Stelle bemängelt Germer, dass „die Führungskräfte der SPD, die nach Prag flüchten konnten“, 1945 in London bzw. in den USA saßen, kein Nachkriegskonzept für Deutschland besaßen.¹⁹

Am 7. Mai 1945 fasste Arthur Pieck seine ersten unmittelbaren Eindrücke von der Lage in Berlin in einem ausführlichen Brief an seinen Vater Wilhelm Pieck in Moskau zusammen: „Obwohl alle Menschen froh sind, ... dass der Krieg für die Berliner nun aus ist, ist die Stimmung gedrückt und niedergeschlagen. Männer wie Frauen fangen leicht an zu weinen. Die meisten haben alles verloren: Wohnung, Eigentum, Geld und stehen vor dem Nichts. Die Familien sind auseinandergerissen. Keiner weiß, wo seine Angehörigen und Freunde sind. Nach den großen Versprechungen der Nazis, an die die meisten fest glaubten, haben sie jetzt eine Katastrophe, deren Ausmaß sich gar nicht übersehen lässt. Die Stadt ist so zerbombt, dass es fast unmöglich erscheint, hier jemals wieder etwas aufzubauen. Hinzu kommen Ernährungs- und Besatzungsschwierigkeiten. Alle diese Tatsachen wirken außerordentlich deprimierend auf die Berliner, und es ist deshalb in den politischen Gesprächen mit ihnen viel Geduld nötig. Die täglichen Sorgen sind gewaltig, und nur wenn man daran anknüpft, bekommt man ihr Ohr.“²⁰ Von woher konnten aus diesem ja auch mitschuldigen und dadurch auch erniedrigten Volk neue, nunmehr antifaschistische Führungsköpfe kommen?

Örtliche Parteigründungen von KPD und SPD gab es 1945 überall in bereits befreiten Städten Deutschlands, jede von ihnen hatte ihren Emil Einenkel. Aber nur in der sowjetischen Zone wurden bereits ab 10. Juni 1945 antifaschistische politische Parteien und Gewerkschaften von der Besatzungsmacht zugelassen. Im Vordergrund standen Fragen der Versorgung der Bevölkerung, des Wegräumens der Trümmer usw. Die Vertreter der Arbeiterbewegung mussten zugleich drei politisch-ideologische Hauptaufgaben anpacken: die Beseitigung aller Reste des Faschismus, die Sicherung der ersten Ansätze für die Übernahme der politischen Macht durch die

19 Karl J. Germer: Von Grotewohl bis Brandt. Landshut 1974, S. 16 und S. 21.

20 Brief von Arthur Pieck an seinen Vater Wilhelm Pieck am 7. Mai 1945. In: SAPMO Barch, Akte NL 36/375 Biographisches Material Wilhelm Pieck und seine Angehörigen (alte Nummerierung). Blatt 49. Der Brief (Blatt 45 – 49) war unterzeichnet Kapitän Pieck. In diesem Brief beschreibt Arthur Pieck ähnliche spontane Parteigründungen in anderen Stadtbezirken wie Wilmersdorf, Wittenau, Reinickendorf. (Blatt 47)

Arbeiterklasse, dazu das alte Gegeneinander von KPD und SPD als Voraussetzung für die Machtübernahme überwinden und schließlich die Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Kräften befördern. Zum Vermächtnis der aus KZ und Zuchthäusern befreiten Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Widerständlern gehörte der Schwur: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Spaltung der Arbeiterklasse!“. Dafür setzte sich die Wilhelmsruher „KPD-Fraktion“ ein. Ähnlich dachten langjährige Mitglieder der SPD überall in Deutschland.

Mit dieser historischen Situation und den genannten drei politisch-ideologischen Hauptfragen waren auch nach Deutschland zurückgekehrte ehemalige Vorstandsmitglieder von KPD und SPD konfrontiert. Wer sich im Sommer 1945 in Deutschland auf die politische Bühne begab, war an zwei übergeordneten Verpflichtungen gebunden: Erstens das Vermächtnis der Gemordeten und der Überlebenden der Hitlerschen Konzentrationslager in seine politische Strategie einzubeziehen. Die zweite Verpflichtung kam von den Alliierten und ihren Beschlüssen auf der Konferenz in Potsdam am 2. August 1945: Vernichtung des Faschismus mit allen seinen Quellen und Verzweigungen und Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschland.

Die KPD-Führung hatte sich in der Emigration in Moskau unter Vorsitz von Wilhelm Pieck auf die neue Lage in Deutschland vorbereitet. *„Am 30. April 1945, als sich Hitler im Berliner Führerbunker durch Selbstmord der Verantwortung für den Krieg und die nationalsozialistischen Verbrechen entzog, betrat der KPD-Spitzenfunktionär Walter Ulbricht nach fast zwölfjährigem Exil ... wieder deutschen Boden...“* schreibt Professor Gerhard Keiderling im Vorwort zu seinem Buch über die Gruppe Ulbricht.²¹ Diese Gruppe umfasste neun Genossen aus der KPD-Exilführung in Moskau. Sie waren mit der Besetzung von Verwaltungsfunktionen in Stadt und Land mit Antifaschisten aus allen gesellschaftlichen Schichten beauftragt und natürlich auch mit dem Wiederaufbau der KPD in Deutschland.

Die Exilparteiführung der SPD unter Hans Vogel befand sich 1945 in London, Friedrich Stampfer und andere in den USA. Die britische Regierung erlaubte Hans Vogel zunächst keine Ausreise nach Deutschland. Noch vor der Zulassung politischer Parteien in der sowjetischen Zone am 10. Juni 1945 trafen sich am 9. Mai 1945 in den Geschäftsräumen von Erich Gniffke in Berlin ehemals aktive Funktionäre der SPD, z. B. Otto Grotewohl, Gustav Dahrendorf, Helmut Lehmann und andere.²² Sie

21 Gerhard Keiderling: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Eine Dokumentation. Berlin 1993, S. 17.

22 Karl Germer berichtet in seinem Buch „Von Grotewohl bis Brandt“ von einer Zusammenkunft von SPD- und Gewerkschaftsfunktionären am 16. Mai 1945 in der Kantstr. in der Wohnung von Karl Germer sen., die schon am 9. Mai in Gniffkes Wohnung anwesend waren. A. a. O., S.24/25.

konstituierten sich am 10. Juni 1945 als provisorischer „Zentralausschuss der SPD“, der sich wie der KPD-Vorstand für die SPD in allen Besatzungszonen so lange zuständig fühlte, bis auf Parteitagene neue Vorstände gewählt sind. In den westlichen Besatzungszonen, in denen es noch keine zonenübergreifende Parteizulassungen gab, hatten sich um den früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Schumacher in Hannover ehemalige SPD-Funktionäre geschart, die den provisorischen „Zentralausschuss der SPD“ in Berlin wegen „Moskauhörigkeit“ nicht als Führung anerkannten. Antisowjetismus und Antikommunismus wirkten noch unmittelbar nach.

Diese geradeswegs nach der Befreiung vom Faschismus im Sommer 1945 in der deutschen Arbeiterbewegung hervorgetretenen Führungspersönlichkeiten in KPD und SPD waren in ihrer parteipolitischen Arbeit in Nachkriegsdeutschland mit drei gravierenden Tatsachen der deutschen Geschichte 1933 bis 1945 konfrontiert:

- I. KPD und SPD sowie die Gewerkschaften waren 1933 aufgelöst und verboten und ihre führenden Mitglieder eingesperrt worden. Ursachen, Folgen und Trauma des Bruderkampfes beider Parteien vor 1933 waren in der Mitgliedschaft bei Kriegsende weder analysiert noch überwunden. In den neuen KPD und SPD war das Verhältnis zwischen zurückkehrenden Emigranten und in Deutschland überlebenden Mitgliedern oft nicht frei von Vorurteilen betr. unterschiedlicher politischer Erfahrungen zwischen 1933 und 1945.
- II. Ebenfalls Tatsache ist, dass vier Wochen nach der Kapitulation des Nazistaates am 10. Juni 1945 der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung für Deutschland (SMAD) den Befehl Nr. 2 über die Zulassung antifaschistischer Parteien und Organisationen in der sowjetischen Besatzungszone erlassen hatte. Einen solchen Befehl haben die westlichen Besatzungsmächte im Sommer 1945 für ihre Zonen nicht erteilt. Die SMAD überwachte die Parteigründungen. Dazu war sie laut Potsdamer Abkommen verpflichtet. Aber es gab auch Angst davor, wie die Siegermacht darauf reagieren wird, was Deutsche mit dem eingebläuten „*Feindbild bolschewistisches Sowjetrusland*“ in der Heimat der Sieger angerichtet haben.
- III. Die dritte Tatsache ist, dass am 11. Juni 1945 die KPD sich als erste Partei in Deutschland in einem politischen Aufruf an: „**Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!**“ gewandt hatte. Der Aufruf forderte das deutsche Volk zur Überwindung des Faschismus und zum Aufbau einer antifaschistischen Demokratie auf.²³

23 Die zehn Hauptaufgaben des Aufrufs lauteten in Stichworten: 1. Vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei und Bestrafung der Schuldigen und Kriegsverbrecher. 2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. 3. Herstellung demokratischer Rechte und Freiheiten des Volkes. 4. Wiederaufrichtung einer demokratischen Selbstverwaltung. 5. Schutz der Werktätigen vor Unternehmerwillkür. 6. Enteignung des Vermögens

Die organisierte deutsche Arbeiterbewegung war de facto 1933 enthauptet, Ernst Thälmann und Rudolf Breitscheid wurden noch kurz vor der Zerschlagung des Nazireiches ermordet. Aber schon in den ersten Tagen nach der Befreiung konnte sich die Arbeiterbewegung in der sowjetischen Zone neu formieren und Persönlichkeiten wie Emil Eickenel, Otto Grotewohl und andere hervorbringen. In der britischen Besatzungszone scharte Kurt Schumacher SPD-Genossen um sich und suchte Verbindungen zu anderen Mitgliedern in den Westzonen herzustellen. Alle diese Aktiven der ersten Stunden einschließlich der zuerst aus Moskau zurückgekommenen Emigranten waren vielleicht keine Riesen im Sinne von Friedrich Engels, aber sehr wohl Menschen voller Tatkraft, Leidenschaft und Charakter. Sie hatten die Hinterlassenschaft größtenwahnsinniger Verbrecher wegzuräumen und dem sowohl betrogenen wie geschundenen Volk Wege in eine menschenwürdige Gesellschaft zu öffnen. Nicht nur neue Parteimitglieder mussten sie gewinnen, sondern das Volk.

Im Volk herrschten Angst, Misstrauen und Vorurteile gegen Politiker vor

Der Neuanfang 1945 musste mit Männern, Frauen, Jugendlichen und auch Kindern begonnen werden, die von Hitler, Goebbels, Göring, Mussolini u. a., den erbärmlichsten Demagogen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in ihre verbrecherischen Kriegsziele zur Vernichtung des sowjetrussischen Bolschewismus und zur Errichtung einer großdeutschen Weltherrschaft eingespannt worden sind. Man muss ihnen zugutehalten, sie haben nicht gewusst, dass in Berlin bereits am 1. Dezember 1918 als Reaktion auf die Oktoberrevolution in Russland die „Antibolschewistische Liga“ (AL) gegründet worden war. Und sie wussten auch nicht, dass deren Propagandablatt „*Antibolschewistische Korrespondenz*“ von Thyssen, Stinnes, Vögler, Siemens, Borsig und anderen finanziert wurde.²⁴ Ein Jahr später entstand die NSDAP, in der Hitler bald an der Spitze stand. In Italien gründete Benito Mussolini im März 1919 in Mailand die „Fasci Italiani di Combattimento“, den antibolschewistischen „*Faschistischen Kampfbund Italiens*“. Ein Mussolini höriger Historiker schrieb: *Wenn „im November und Dezember 1918 ... in Deutschland ... die Spartakisten gesiegt hätten, hätte dies in ganz Europa ernste Folgen haben können. Glücklicherweise vermochte man ... die Spartakisten ... mit Maschinengewehren*

der Nazibonzen und Kriegsverbrecher. 7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ... in Provinzial- und Landesverwaltungen. 8. Übergabe der lebenswichtigen Betriebe für Verkehr, Wasser, Gas und Elektrizität usw., die von ihren Besitzern verlassen wurden, in die Hände der Selbstverwaltungen der Gemeinden, Provinzen, Länder. 9. Friedliche Beziehungen zu Nachbarländern. 10. Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung. Siehe: „DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG“, Reihe III, Band 1, Berlin 1959, S. 14 bis 20.

24 Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, 2 Bände Leipzig 1968, Bd. 2, S. 30 ff.

*niederzuwerfen. Liebknecht und Luxemburg wurden erledigt.*²⁵ Seit 1918/1919 führt der Faschismus weltweit mit Mord und militärischer Gewalt Kriege gegen Sozialismus und Kommunismus, d. h. gegen jeden sozialen und politischen Fortschritt in der Welt. Eine Ideologie des moralischen Verfalls, des Rassismus, des Völkerhasses und der Zerstörung dominierte fast ein halbes Jahrhundert die Politik in Europa und der westlichen Welt. Nach dem 8. Mai 1945 verschwanden die Kriegsgewinnler im Dunkeln. Hitler und Mussolini wurden nun zu politischen Monstern. Die Demagogie ihrer Propagandisten von 1918 bis 1945 wucherte dennoch im Denken und in den Gefühlen vieler Deutschen weiter. Die Zukunftsträume mancher Jugendlichen von einem von Deutschen regierten Europa waren zusammengestürzt. Wo aber sind 1945 all die Nazis geblieben?

Der angesehene deutsche Historiker Stefan Doernberg, 1945 als junger Leutnant der Roten Armee nach Deutschland zurückgekehrt, hat mir erzählt, er hätte ein Niemandsland erwartet. Was er erlebte, formulierte er so: *„Ich traf zwar viele Menschen in Berlin, dann noch mehr in Sachsen und in Thüringen, die erklärten, langjährige Mitglieder der kommunistischen oder sozialdemokratischen Partei gewesen zu sein und die ganze Zeit aktiv Widerstand geleistet zu haben. Ich glaubte den meisten nicht, denn es gab zu viele, die das erzählten... Nach den Gesprächen konnte man annehmen, die halbe Bevölkerung hätte aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestanden. Da fragte man sich, wer hat dann Hitler unterstützt? ... Auf eines möchte ich noch hinweisen ... Im Mai, Juni und Juli 1945, auch in den Monaten danach, bin ich nirgendwo mit Menschen zusammengekommen, die auf eine aktive antifaschistische Tätigkeit nach 1943/1944 hinweisen konnten. Aus meiner Sicht gab es keine organisierte Widerstandsbewegung mehr, zumindest nicht seit 1943/1944, als die Widerstandsbewegung von den Faschisten restlos zerschlagen worden war.... Diejenigen, die die faschistische Zeit überlebt hatten, waren in die tiefe Illegalität gegangen. In der letzten Phase des Krieges konnten sie nur überleben, wenn sie nicht mehr in ihren Wohnorten waren, nicht mehr ihre alten Verbindungen aufrechterhielten. ... Deshalb musste in den meisten Orten der personelle Aufbau der ersten Selbstverwaltungsorgane mit vielen Zufällen verbunden sein.“*²⁶

Ähnlichen Situationen begegnete auch die „Gruppe Ulbricht“. Deren Hauptaufgabe, in den Berliner Stadtbezirken nach antifaschistisch gesinnten Bürgern zu suchen, die mit der Leitung von Verwaltungsorganen der Stadt betraut werden konnten, verlangte viel Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl. In diesem Kontext wird von Wolfgang Leonhard, dem jüngsten Mitglied der Gruppe Ulbricht, nach seinem

25 Georgio Pini: Geschichte des Faschismus. Berlin 1941, S. 61.

26 Stefan Doernberg im Gespräch mit Wolfgang Triebel am 13. Januar 1993. In Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Aufsätze und Interviews mit Zeitzeugen. Berlin 1998, S. 170/171.

Verlassen der sowjetischen Zone im Frühjahr 1949 Walter Ulbricht der Satz zugeordnet: *„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“*²⁷ Wie immer Ulbrichts Formulierung auch gewesen sein mag, im Grunde bestätigt sie, dass nach dem Sieg über das Naziregime nunmehr die politisch noch nicht wieder organisierte Arbeiterklasse bei der antifaschistisch-demokratischen Neugestaltung Deutschlands eine führende Rolle einnehmen musste. Emil Eienkel sagte es so: *„Die KPD ist ein Teil der politischen Macht ... Wir wissen noch nicht recht, was wir damit anfangen sollen.“* Darin drückte sich eine aus der konkreten Situation resultierende verständliche Unsicherheit vieler Kommunisten aus, wenn sie andere um Mitarbeit beim Wiederaufbau baten. Regieren im Interesse der Arbeiterklasse hatten sie nicht gelernt, sie wussten nur, was sie nie mehr wollten: keinen Faschismus und keinen Krieg.

Die Unsicherheit unter KPD-Mitgliedern – auch in der Gruppe Ulbricht – alles richtig machen zu wollen, ergab sich auch daraus, dass noch im Februar 1945 die Moskauer KPD-Führung von Kommunisten geführte bewaffnete Einsatzgruppe nach Deutschland schicken wollte, um eine deutsche Eigenleistung an der Befreiung vom Faschismus zu haben. Doch dafür gab es in Deutschland im Volk keine politische Basis mehr. Hitlers „Blitzkriegsstrategie“ hatte die siegesbesessenen Hirne besonders der Jugend vernebelt. 1944/45 hatte der „totale Krieg“ des Hitlerregimes ein ganzes Volk unter Kuratel gestellt. Wie und woher sollten nach der Vernichtung der Nazidiktatur in diesem eingeschüchterten Volk Menschen für einen Neuaufbau gewonnen werden? Wilhelm Pieck hat ab Februar 1945 in Abstimmung mit Georgi Dimitroff von der Kommunistischen Internationale in Moskau und Mitgliedern des ZK der KPdSU die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung dreier Initiativgruppen der KPD für den Einsatz in Deutschland nach der Kapitulation entwickelt. Für ihn stand die Einbeziehung aller als demokratisch bekannten Kräfte in die politische Neuorientierung speziell der Verwaltung im Mittelpunkt.²⁸ Norbert Podewin zitiert in seiner Biographie Walter Ulbrichts aus dessen Brief an Wilhelm Pieck vom 17. Mai 1945: *„Dadurch, dass wir am Anfang unsere ganze Kraft auf die Verwaltungsbezirke konzentriert hatten, hatten wir genügend Kader kennengelernt, sodass wir Vorschläge für den zentralen Verwaltungsapparat, für Polizei und alles, was sonst notwendig ist, machen konnten.“*²⁹

Nach Zulassung politischer Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone am 10. Juni 1945 ging es dann auch um den Neuaufbau der Partei. Die schnelle Zulassung

27 Zitiert nach Wolfgang Leonhards Geleitwort zum Buch von Gerhard Keiderling: A. a. O., S.12.

28 Einzelheiten und Dokumente über die Monate von Februar bis Mai/Juni 1945 siehe Gerhard Keiderling, a. a. O.

29 Norbert Podewin: Walter Ulbricht. Berlin 1995, S.171. Der vollständige Brief Ulbrichts an Pieck steht bei Gerhard Keiderling, a. a. O., S. 348 – 351.

antifaschistischer Parteien entsprach der Vorstellung der KPdSU, dass sich antifaschistische politischen Parteien primär der Arbeiterschaft bei der Umgestaltung Deutschlands an die Spitze stellen sollten. Vom Aufruf der KPD am 11. Juni 1945 war schon die Rede. Aus dem Schlussteil, in dem von der *„Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien“* gesprochen wird, heißt es wörtlich: *„Wir sind der Auffassung, dass ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.“*³⁰ Vier Wochen später, am 14. Juli 1945, wurde dieser Block aus KPD, SPD, CDU und LDPD gebildet. Das war aus meiner Sicht die demokratischste Idee jener Tage.

Nahezu zeitgleich zu den spontanen Neugründungen örtlicher Parteigruppen aus Kommunisten und bzw. oder Sozialdemokraten hatten sich Anfang Mai 1945 ehemalige SPD-Funktionäre in den Büroräumen von Erich Gniffke getroffen, darunter Otto Grotewohl, Max Fechner, Gustav Dahrendorf und andere.³¹ Sie konstituierten sich als provisorische *„Zentralausschuss der SPD“*, davon war schon die Rede. Grotewohl und Fechner wurden zu Vorsitzenden gewählt. Am (bzw. um den?) 9. Mai sprach Grotewohl in einer öffentlichen Veranstaltung im Rathaus Schöneberg über die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte und mit den *„kommunistischen Klassengenossen“*.³² Am 12. Juni 1945 sagte Walter Ulbricht in einer Rede vor ca. 200 Funktionären u. a.: *„Wir alle wissen, dass sich in der Berliner werktätigen Bevölkerung ein tiefer Drang zur Einheit Bahn bricht.“*³³ Wilhelm Pieck bekräftigte in einem Artikel vom 13. Juni 1945: *„Das Volk will diese Einheit!“*³⁴ Der Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni hebt im letzten Abschnitt hervor: *„Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen.“*³⁵ Auf dem Marktplatz in der Berliner Straße in Berlin-Pankow habe ich im Herbst 1945 an einer

30 Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. In DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, a. a. O., S. 20. (Im folgenden: DOKUMENTE UND MATERIALIEN.

31 Erich Gniffke (1895 – 1964) kam aus der Gewerkschaftsbewegung vor 1933, er betrieb von 1933 bis 1945 die Heibako-Grudeherd-Vertretung für Deutschland, er half z. B. **Otto Grotewohl** (1894 – 1964) über die Arbeitslosigkeit hinweg. Grotewohl war Minister in Braunschweig und ab 1925 Reichstagsabgeordneter, er verstand sich als Sozialdemokrat Bebelscher Tradition, mehrfach verhaftet. Max Fechner (1892 -1973) SPD seit 1910, Mitglied im Preußischen Landtag, mehrfach von den Nazis verhaftet. Gustav Dahrendorf (1901 – 1954) Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und ab November 1932 Mitglied des Reichstags. 1933 verhaftet, 1934 Arbeit für den Flick-Konzern; er gehörte zum Kreisauer Kreis, der an der Verschwörung des 20. Juli 1944 beteiligt war. Er wurde verhaftet und war bis April 1945 im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert.

32 Heinz Voßke: Otto Grotewohl. Biographischer Abriss. Berlin (DDR) 1979, S. 115.

33 Rede Walter Ulbrichts in DOKUMENTE UND MATERIALIEN, a.a.O., S. 21.

34 Ebenda, S. 25.

35 Ebenda, S. 31.

Veranstaltung mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl teilgenommen, in der beide die Notwendigkeit einer einheitlichen Arbeiterpartei begründeten. Als fünfzehnjähriger Gymnasiast war ich von der Ausstrahlung dieser beiden Politiker beeindruckt und habe danach den Weg zum antifaschistischen Jugendausschuss gefunden.

In Diskussionen über das Verhalten von Kommunisten und Sozialdemokraten zur Einheitspartei im Frühsommer spielte ein Brief Max Fechners von Anfang Mai 1945 an Walter Ulbricht eine Rolle. Fechner schrieb, *„Ich hätte gern mit Dir darüber gesprochen, wie es möglich wäre, endlich die so ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen.“*³⁶ Gestritten wird darüber, ob Ulbricht den Brief bekommen hat oder nicht – er verneinte – in seinem Nachlass ist er nicht zu finden, aber in dem von Fechner. Der Kern dieser Debatte um den Brief Fechners besteht in der Frage, ob Ulbricht im Mai 1945 die Einheitspartei noch abgelehnt, aber wenige Wochen später intensiv die Einheit betrieben hat. Die Monate vom Juni bis zum Dezember 1945 waren durch sich rasant zuspitzende Entwicklungen charakterisiert. Berlin war seit September 1945 zur Vier-Sektoren-Stadt mit dem Sitz des Alliierten Kontrollrats geworden. Hier entluden sich alle politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kontroversen der ersten Nachkriegszeit unmittelbar als Vorzeichen des herannahenden Kalten Krieges. In der Stadt etablierten sich Geheimdienste diverser Kräfte aus Ost und West. Dieser Wirrwarr 1945 und die oft widersprüchlichen Zusammenschlüsse in der Arbeiterbewegung beeinflussten die Antworten auf die Frage nach einem sofortigen Zusammenschluss von KPD und SPD, obgleich die Einheit mehrheitlich gefordert wurde. Dennoch tickte die Zeit anders, auch für die Genossen der Berliner SPD.

Diskussionen um die Einheitspartei waren für den Zentralausschuss der SPD in Berlin politisch insofern viel gravierender, weil in Hannover Kurt Schumacher am 6. Mai 1945 vor sozialdemokratischen Funktionären eine Rede unter dem Titel *„Wir verzweifeln nicht“* gehalten hat. In diesen die deutsche Geschichte analysierenden langen Ausführungen gibt es auch eine längere Passage über das *„Verhältnis zu den Kommunisten“*. Schumacher sagte u. a.: *„Eine einheitliche Arbeiterpartei schwebt vielen Arbeitern in der ganzen Welt als die ideale und den Erfahrungen angemessene Lösung vor. Auch hier am Ort mag sich dieser gutmeinende Wille in vielen geregt haben. Diese Genossen werden sehr überrascht gewesen sein, dass sich wenige Tage nach dem Einmarsch die Kommunisten bereits als selbständige politische Partei etabliert hatten, ohne vorher Einigungsfühler ausgestreckt zu haben.“* Das ist zumindest eine ungenaue oder sehr einseitige Wiedergabe der ersten spontanen Zusammentreffen von ehemaligen KPD- und SPD-Mitgliedern, unabhängig von der jeweiligen Besatzungsmacht. Neuzulassungen politischer Parteien gab es noch nicht, oder er meint die Gründung von KPD-Organisationen wie die von Emil Eienkel. Dann

36 Gerhard Keiderling, a. a. O., S. 287, Dokument 041.

war seine Verallgemeinerung voreilig. Er aber schlussfolgerte: *„Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, dass die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Russland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind. ... Die Zukunft hat nur für eine Partei des demokratischen Sozialismus im System der Parteien Platz.“*³⁷ In seiner Rede *„Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren“* vom 25. August 1945 bekräftigte er seine ablehnende Position gegenüber den Kommunisten in der sowjetischen Zone, gegenüber der UdSSR und auch gegenüber dem SPD-Zentralausschuss in Berlin. In dieser Rede (später auch in anderen) leitete er aus der Niederlage als vorrangige Aufgabe ab: *„Der Sozialismus ist heute die für die Überwindung reaktionärer und faschistischer Zukunftsgefahren wichtigste nicht nur ökonomische, sondern auch politische Frage. Die tatsächliche Leistung des Wiederaufbaus kann nur durch planmäßige Lenkung der Wirtschaft vollbracht werden.“*³⁸

Es geht mir hier nicht um die Diskussion unterschiedlicher Auffassungen über die Gründung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse und schon gar nicht, welche richtig und welche falsch war. Damals war Fakt, die vorrangig aus KZs und illegal im Untergrund im Lande überlebenden Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter wollten ehrlich und überzeugt mehrheitlich gemeinsam beim Neuaufbau Deutschlands und der Beseitigung der Reste des Faschismus vorgehen. Am 10. Juli 1945 bildete sich aus KPD, SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern ein *„Block antifaschistisch-demokratischer Parteien“*, am 14. Juli ebenfalls in Berlin für die sowjetische Zone aus KPD, SPD, CDU und LDP (Liberaldemokratische Partei).

Alle deutschen Politiker hatten ab Mai 1945 einen Berg von Misstrauen und Unverständnis in der Bevölkerung ihnen gegenüber auszuräumen. Für die beiden Arbeiterparteien war es besonders schwer, weil die Masse der Parteimitglieder eine Einheitspartei anstrebten, die provisorischen Parteiführungen dem auch nicht widersprachen, aber zugleich mit der strikten Ablehnung durch Kurt Schumacher konfrontiert waren.

Wir wissen heute, wie die Geschichte verlaufen ist. Man muss sich vielleicht

37 Kurt Schumacher: Wir verzweifeln nicht. In Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 – 1952. Berlin/Bonn 1985, S. 228 -231. Dr. rer. pol. Kurt Schumacher (1895 – 1952) Seit 1918 Mitglied der SPD, promovierte 1926 in Münster zum Thema *„Der Kampf um den Staatsgedanken in der deutschen Sozialdemokratie“*. Redakteur der *„Schwäbischen Tagwacht“*. Ab 1930 Mitglied im Landesvorstand der SPD Württemberg und des Reichstags. Im Juli 1933 verhaftet und bis 1943 in den KZ Kuhberg, Neuengamme und 8 Jahre in Dachau. Im Juli 1945 gründete er in Hannover das *„Büro Schumacher“* der SPD. In Schreiben an in den Westzonen zur politischen Arbeit der SPD zurückgekehrte Funktionäre erhob er den Anspruch, sein Büro als SPD-Zentrale für Gesamtdeutschland anzuerkennen und ihm schriftlich zu bestätigen. In Kurt Schumacher: Reden – Schrift – Korrespondenzen, a. a. O., S. 92.

38 Ebenda, S. 279.

vorurteilsloser darauf konzentrieren, wie es ab Juni 1945 zu Parteigründungen gekommen ist. Es ist der deutschen Arbeiterbewegung auch 1945/1946 nicht gelungen, die Spaltung ihrer Klasse, Deutschlands und den Kalten Krieg zwischen Ost und West zu verhindern. Primär siegte bei allen Neugründungen Parteienproporz über Volksinteressen. Die Arbeiterklasse konnte die Krise des deutschen Kapitalismus 1945 nicht zu ihrer Stärkung nutzen, weil die westlichen Siegermächte an einer geeinten Arbeiterbewegung kein Interesse hatten, und die sich um die westlichen Siegermächte gruppierende deutsche Bourgeoisie schon gar nicht. Im Gegenteil, der Antikommunismus wurde in den westlichen Besatzungszonen und später im westdeutschen Teilstaat Bundesrepublik Deutschland nahtlos als Staatsdoktrin weitergeführt. 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde diese Doktrin nach Zusammenführung beider deutscher Teilstaaten im Jahre 1990 dem Gebiet der DDR übergestülpt und zum Eldorado der faschistischen Partei AfD, die unverfroren nach der Macht in Deutschland greift. Die heutige Bundesrepublik befindet sich wieder in einer politischen, ökonomischen und weltanschaulichen Krise. Politiker im weltweiten Netzwerk der Profitgier der Politik des Neoliberalismus der letzten Jahrzehnte haben das verursacht. Wieder lautet die Frage, welchen Politikern kann das Volk heute vertrauen?

Akteure der Arbeiterklasse standen 1945 an der Spitze des Aufräumens

Fragen nach Ursachen und Hintergründen für das politische Desaster des Zusammenbruchs der DDR 1990 und Eingliederung der DDR in die BRD dürfen die Anfänge vor 75 Jahren nicht ausklammern. Keiner der schon erwähnten Akteure hat aus politisch verwerflichen oder moralisch niederen Motiven gehandelt. Der Untergang der DDR war auch nicht der Tod von Marxismus und Sozialismus, wie vielfach vorschnell prophezeit worden ist. In den seit der Vereinigung abgelaufenen dreißig Jahren erfolgte ein radikaler Sozialabbau im Innern, nicht nur was in der DDR geschaffen worden war, sondern auch, was in den alten Bundesländern in Konkurrenz mit dem sozialen Fortschritt der DDR in der BRD entstanden ist. Nach außen hat die Bundesregierung die Teilnahme der Bundeswehr an Interventionskriegen im US-Interesse betrieben, rechtsreaktionären Kräften Aufwind verschafft und NPD sowie AfD in deutsche Parlamente gehievt. Verbohrter Antikommunismus der sog. Volksparteien CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Linkspartei erweist sich erneut und wie schon früher als unzeitgemäß und behindert einheitliches Handeln aller Demokraten gegen den Neofaschismus.

Das Debakel bei der Wahl des linken Ministerpräsidenten Ramelow in Thüringen 2019/2020 artete in ein groteskes Schauspiel von politisch armseligen Amtsträgern aus. Die stocksteife Haltung der CDU gegenüber der Linkspartei führte zu einer Führungskrise der CDU und herben Wahlverlusten bei den Landtagswahlen in

Hamburg im Februar 2020. De facto stolperte die CDU über ihren bornierten Antikommunismus, der die Partei von innen zu zerstören beginnt. Die Selbsternennung der BRD-Altparteien zur „politischen Mitte“ und die vehemente Ablehnung einer Zusammenarbeit mit „Linksextremen“ und „Rechtsextremen“ ist pure Heuchelei, weil seit Adenauer alle Bundesregierungen mit eingefleischten Altnazis in Regierungsämtern zusammengearbeitet haben (Globke, Kiesinger, Filbinger, Oberländer, Hitlergeneralen, Hitlerjuristen usw.). Antikommunismus und Antisowjetismus aus der Nazidiktatur wurden somit 1: 1 in der BRD weitergeführt. Die lauthalse Ablehnung der AfD durch die Parteioberen von CDU/CSU/FDP/SPD ist unglaublich und die Halsstarrigkeit gegen die Linkspartei anachronistisch.

Das politisch Abstruse ist – um das Thema Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung nicht aus dem Auge zu verlieren – dass der Thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Partei *DIE LINKE* laut Umfragen von etwa 60 % der Wahlberechtigten weiterhin als Regierungschef des Landes gewünscht wurde. Stimmenverluste mussten seine bisherigen Koalitionäre aus der SPD einstecken, so dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Landtag veränderten. Die Demokratieverkünder von CDU, SPD und FDP ignorierten den sichtbaren Volkswillen, weil ein Linker als Chef eines deutschen Bundeslandes nicht erwünscht ist. Der Altnazi Kurt Georg Kiesinger (NSDAP seit 1933, bis 1945 in Hitlers Außenministerium) dagegen konnte von 1958 – 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und von 1966 bis 1969 sogar Bundeskanzler der BRD werden, ohne Bauchschmerzen bei CDU/CSU, SPD und FDP.³⁹ In der politischen Krise 2019 hob sich Bodo Ramelow wegen seiner politischen Geradlinigkeit und seines konstruktiven Handelns zur Wiederherstellung der Regierungsfähigkeit in Thüringen von anderen Amtsträgern ab. Bodo Ramelow als Ministerpräsident Thüringens und Sahra Wagenknecht als wissenschaftlich-theoretisches Gewissen der Linkspartei sind Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung einer neuen Generation, im Volk anerkannt, von der Gegenseite respektiert.

Was macht Protagonisten der Arbeiterbewegung zu Persönlichkeiten ihrer Klasse mit politischer Vorbildwirkung über die eigene Lebenszeit hinaus? Woraus sollten im Jahre 1945 der Arbeiterbewegung Persönlichkeiten erwachsen? Für die Mehrheit des Volkes war es das Jahr der Befreiung vom Faschismus, aber kaum jemand war auf den Sozialismus/Kommunismus vorbereitet, obgleich viele inzwischen erkannt hatten, dass sich die Voraussagen der Kommunisten 1933 als richtig erwiesen haben. Andere empfanden den 8. Mai 1945 als Niederlage, als persönliche Katastrophe. In einer jüngsten Publikation bundesdeutscher Geschichtsschreibung über 1945 werden die

³⁹ Marinerichter Hans Filbinger, verhängte noch 1945 Todesurteile, war unter Kiesinger Innenminister von Baden-Württemberg und ab 1966 bis 1978 Ministerpräsident dieses Bundeslandes.

damals zwischen jugendlich und volljährig Überlebenden u. a. „*Generation der 45er*“ genannt, auch „*Generationskohorte*“ oder „*die skeptische Generation*“, Generation der „*Flakhelfer*“ oder „*HJ-Generation*“. Diese Begriffe halte ich für oberflächlich sowie einseitig, z. T. ungeziemt bzw. geschmacklos. Zu dieser Gruppe gehörend werden Politiker genannt wie Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher, Intellektuelle wie Ralf Dahrendorf (Sohn von Gustav Dahrendorf im ZA der SPD 1945), Jürgen Habermas, Günter Grass, Martin Walser, Rudolf Augstein, Peter Boenisch, Günter Gaus u. a. m.⁴⁰ Politische Akteure der Arbeiterklasse werden in diesem Beitrag nicht genannt. Zuzustimmen ist der Feststellung der Autorin, dass auf die Leistungen von Frauen während des Krieges und noch mehr danach in der männerbetonten Kriegsliteratur wenig beachtet wurden.⁴¹ Vor dem Roten Rathaus in Ostberlin wurde den „Trümmerfrauen“ von 1945 ein Denkmal gewidmet. Wo waren im Mai 1945 die Führungen der deutschen Arbeiterbewegung?

Wilhelm Pieck, seit 1935 für die Zeit der Verhaftung Ernst Thälmanns Vorsitzender der KPD, hat sich mehrfach z. B. dazu geäußert, dass in Deutschland „*in den kritischen Septembertagen 1938 die Verständigung*“ über die drohenden Kriegsgefahr in der „*antifaschistischen Opposition fehlte*.“⁴² Ähnlich heute: Soziale Kämpfe und Forderungen zum Klimaschutz werden meist ohne Antikriegsbewegung gedacht. Seit eh und je aber treten Kommunisten gegen Krieg und militärische Gewalt auf, das ist neben dem Einsatz für soziale Gerechtigkeit ihr erstes zentrales Markenzeichen. An anderer Stelle war schon davon die Rede, dass Wilhelm Pieck nach der Yalta-Konferenz vom Februar 1945 für das Deutschland nach dem Faschismus verstärkt Fragen nach einem „Block“ antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen erörtert hat. Im Kommuniqué vom 14. Juli 1945 zur Bildung des „*Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien*“ heißt es ausdrücklich: „*Die Vertreter der vier Parteien beschließen unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen. Damit ist ein neues Blatt in der Geschichte Deutschlands aufgeschlagen*“.⁴³ Im Jahre 1945 waren die sozialen Klassen und ihre politischen Klassenorganisationen noch weitgehend überschaubar. Heute, mit der inzwischen vorangeschrittenen weiteren Vergesellschaftung der Arbeit bei gleichzeitig gewachsenen Ungerechtigkeiten der Verteilung der produzierten Werte sowie der ideologischen Umdeutung der bürgerlichen Parteien zu „Volksparteien“, ist es wegen der gefestigten Macht des Kapitalismus schwerer, eine politische Annäherung an die Blockidee zu erreichen.

40 Christina von Hodenberg: Zur Generation der 45er. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament zum Thema 1945. (APuZ) Nr. 4-5 2020, S. 04.

41 Ebenda, S. 09.

42 Wilhelm Pieck: Reden und Aufsätze, Berlin (DDR) 1950, Band 1, S. 332.

43 DOKUMENTE UND MATERIALIEN..., a. a. O., S. 60.

Dennoch gibt es gegenwärtig Chancen dafür. In dem im Frühjahr 2020 turbulenten Streit um die Neubesetzung des Parteivorsitzes der CDU äußerte der Kandidat Armin Laschet, um den Faschismus abzuwenden, bedürfe es von links bis konservativ rechts gemeinsames Handeln gegen die AfD und ähnliche Organisationen. Diese Vorstellung hat viele Befürworter in der deutschen Bevölkerung, der das Parteiengzänk und die Schacherei um den neuen Parteivorsitz der CDU zuwider ist. Noch leben ostdeutsche Bürger, die Erfahrungen zum Procedere einer solchen Blockarbeit einbringen können. Die Blockidee würde ich als Vermächtnis von Wilhelm Pieck ansehen, die mit antifaschistisch-demokratischem Inhalt nicht im Widerspruch zum Klassenkampfverständnis von Kommunisten steht.

Die Ausstrahlung Wilhelm Piecks, die im Volk aller vier Besatzungszonen wirkte und viel Zustimmung fand, beruhte nicht zuletzt auf seiner berühmten Rede zur demokratischen Bodenreform **„Junkerland in Bauernhand“** am 2. September 1945 in Kyritz im Kreis Ostprignitz des Brandenburger Landes.⁴⁴ Forderungen nach Bodenreform gab es 1945 auch in Westdeutschland, sie konnten aber dort nicht umgesetzt werden, meist mit der Begründung, Eigentumsveränderungen müssten durch eine deutsche Regierung geregelt werden, nicht durch die Besatzungsmächte.⁴⁵ Das Thema Bodenreform gehört zu den Kernfragen der Entwicklung von Demokratie auf dem Lande. Grund und Boden gehören grundsätzlich vergesellschaftet. Für diese seit Jahrhunderten bestehende Frage, stellte Pieck 1945 fest, ist die Übereinstimmung der vier im Block zusammenarbeitenden Parteien *„eine ernste Voraussetzung für die Verwirklichung der demokratischen Neugestaltung Deutschlands“*.⁴⁶ Im Antifa-Block der vier Parteien in der sowjetischen Besatzungszone hat es diese Übereinstimmung gegeben. Schon bis 1. März 1946 waren zwei Drittel des gesamten ostdeutschen Bodenreformlandes in den Besitz von Landarbeitern, Kleinbauern, Umsiedlern und Kleinpächtern übergegangen.

Eine persönliche Bemerkung sei gestattet. Ich habe als junger Lehrer in den fünfziger Jahren während einer Vortragsreise durch die BRD für die „Gesellschaft für Deutsch-sowjetische Freundschaft“ in Bremen bei Verwandten von Wilhelm Pieck übernachtet und im abendlichen Gespräch über ihn und sein Ansehen in der Familie manches erfahren, was in keiner Biographie steht. Schon als Bremer Parteisekretär der SPD und

44 Von den 1950 im Bodenfonds der Bodenreform der SBZ befindlichen 2 189 999 ha Bodenfläche gingen 1 207 335 ha an landlose, landarme Bauern und Landarbeiter (36,6 %) und 763 596 ha an Umsiedler (23,1 %); in der amerikanischen Zone wurden bis 1947 25 000 ha zur Verfügung gestellt. Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1986, S. 81 bis 85.

45 Im „Staatsbürgertaschenbuch“ der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012, Umfang 1200 Seiten, kommt „Bodenreform“ im Sachregister nicht vor, auch nicht im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), Ausg. 2009.

46 Wilhelm Pieck: Junkerland in Bauernhand. Brosch. Dietz Berlin 1955, S.35.

Mitglied der Bremer Bürgerschaft⁴⁷ war er wegen seiner Bescheidenheit beliebt. In seinem persönlichen Umfeld von damals war er vielen als warmherziger Freund in Erinnerung. Ein ähnliches Zeugnis über Wilhelm Pieck unmittelbar nach dem Krieg findet sich bei Germer.

Am 7. März 1946 veröffentlichte die westberliner Zeitung „Tagespiegel“ einen offenen Brief des jungen SPD-Mitglieds Klaus-Peter Schulz an Wilhelm Pieck. Schulz stellt sich als Sohn eines politischen Freundes von Pieck aus seiner Zeit in Bremen vor. Anliegen seines Briefes war, Piecks Einfluss zu erbitten, die Einheit beider Parteien nur in der sowjetischen Zone nicht zu vollziehen. Er begründet, warum er sich an Pieck wendet: *„Bis 1914 waren Sie sein (seines Vaters. W.T.) engster und vertrautester Mitarbeiter, von dem er noch in späteren Jahren stets mit großer Anerkennung und Sympathie sprach. ... Er sah in Ihnen bei (ihrer) Wiederbegegnung (1928 bei den Reichstagswahlen. W.T.) nicht den politischen Gegner, sondern den Kampfgenossen von einst, dem er als Mensch stets ein warmes, freundschaftliches Gedenken bewahrt hatte. ... die Jahre von 1933 bis 1945 haben Sie...schärfer gesehen und klarer beurteilt, als wir das vermochten. ... Ich habe mich an Sie gewandt, werter Genosse Pieck, weil ich in Ihnen den stärksten Exponenten der geplanten Sozialistischen Einheitspartei sehe...und (die Sie) aus ehrlichem Herzen wollen. ... Dieses ehrliche Herz unterscheidet Sie vorteilhaft von manchem anderen...“*⁴⁸ Ein sehr emotionaler Brief.

Dieser ehrliche und uneigennützig Klassenkämpfer ist Wilhelm Pieck auch als Präsident der DDR geblieben, er liebte kein Aufsehen für seine Person. Der Schriftsteller Lion Feuchtwanger hob an Pieck seine *„Tatkraft und Besonnenheit“* hervor. Leonhard Frank, der Autor von *„Links, wo das Herz ist“*, schrieb: *„Zwanzig Sekunden stand ich, im Gefühl getroffen, vor Wilhelm Pieck. Ich sah ein Menschengesicht, ein Lächeln, dergleichen ich in meinem Leben nie gesehen hatte. Wenn unsere harte und zerklüftete Welt durch Güte allein befriedet werden könnte – dann durch ihn. In der einst befriedeten Welt sollte Wilhelm Pieck Präsident der Menschheit sein.“*⁴⁹ Ein schöneres Urteil über einen politischen Menschen aus der Arbeiterklasse kann man kaum finden, denke ich. Welchen regierenden Politiker von heute würde man für ein solches Amt empfehlen können?

Im Juni 1905 hatte Wilhelm Pieck August Bebel und Paul Singer kennengelernt und 1906 Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin zu Vorträgen und Bildungskursen nach Bremen geholt und selbst die Reichsparteischule in Berlin besucht. Durch den Einfluss dieser von Marx und Engels geformten Sozialisten wurde

47 Pieck war von 1896 bis 1910 in Bremen, hier heiratete er 1898 seine Frau Christine, 1899 wurde ihr Sohn Arthur geboren.

48 Karl Germer, a. a. O., im Anhang zu seinem o. g. Buch, S. 250 – 258.

49 Wilhelm Pieck. Schriftsteller und Künstler zu seinem 80. Geburtstag. Berlin 1956, S. 24 und 28.

Wilhelm Pieck zu einem Sozialdemokraten Bebel'schen Formats: ehrlich, treu, zuverlässig und unbestechlich im Einsatz für die Interessen der Arbeiterklasse. Wilhelm Pieck ist 1960 im Alter von 84 Jahren in Berlin gestorben. Das war ein herber Verlust für die politische Führungsspitze der DDR.

Otto Grotewohls politisches Leitbild war August Bebel. Im Zentralsekretariat des Parteivorstands der SED hing ein Ölgemälde von August Bebel, gemalt 1945 von Otto Grotewohl. Als Grotewohls politische Vorbilder wären neben August Bebel Vater und Sohn Liebknecht zu nennen, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin u. a. m. Was macht bis heute ihren Einfluss in den Klassenkämpfen seit über einhundert Jahren aus? Sie waren Verfechter der Ideen von Marx und Engels. Sie stritten offen, direkt und ohne Winkelzüge für die sozialen Rechte der Arbeiter und die Gleichberechtigung der Frauen. Sie alle waren leidenschaftliche Gegner von Militarismus, Krieg und militärischer Gewalt. Auch unter heute völlig anderen internationalen und nationalen Krisenerscheinungen sind diese Axiome dieser „Alten“ unter den deutschen Sozialisten und Kommunisten höchst aktuell, weil die frühere Aussagekraft ihrer gesellschaftlichen Vorstellungen auch unter jetzigen realen Bedingungen bei der Krisenbewältigung politisch wirksam werden könnte. Dennoch, keiner dieser alten Sozialisten hat den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg erlebt. Angesichts des heutigen offenen Zugriffs faschistischer Parteien auf die Staatsmacht drängt sich die Frage auf, wie haben die Protagonisten der Arbeiterbewegung 1945 nach dem Sieg über den Faschismus die politischen Weichen gestellt?

Wilhelm Pieck (1876 – 1960) war für den 18 Jahre jüngeren Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl (1894- 1964), besonders im Jahr 1945/1946 zu einem guten Freund und Berater geworden. Pieck hatte 1918 die KPD mitbegründet. Otto Grotewohl (seit 1914 Mitglied der SPD, 1920 USPD, 1921 SPD) hatte sich im Juli 1920 im Landtag von Braunschweig zur marxistischen Geschichtsauffassung bekannt und erklärt, dass der Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit „mit *Naturnotwendigkeit kommen werde*“. Als Minister für Volksbildung und Inneres in Braunschweig (1921 – 1925) setzte er sich für die Trennung von Staat und Kirche im Schulwesen und die Abschaffung des Schulgeldes ein. 1925 erschien sein damals viel beachtetes Buch „*Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig*“.⁵⁰ Otto Grotewohl hatte in seiner Braunschweiger Zeit als Minister Demokratie „*in der Praxis gelernt*“ – wie sie war und wie sie sein sollte. Daran hat er aktiv mitgewirkt. Diese Fakten sind wichtig, um sein Verhalten 1945 und 1946 beim Neuanfang des Zentrallausschusses der SPD in Berlin zu verstehen.

In der Wirklichkeit des Sommers 1945 war vieles aus seiner Braunschweiger Zeit nicht

⁵⁰ Einzelheiten dazu in: Wolfgang Triebel. Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? Berlin 1998, Chronologische Auswahl biographischer Daten zu Leben und Wirken Otto Grotewohls, S.307 ff.

anwendbar, zumal die aus Kellern aufstehenden Deutschen keine Erfahrungen mit Demokratie hatten. Die krisengeschüttelte Weimarer Republik gefiel sich im Parteiengezänk. Das hielten viele für Demokratie, was dem Faschismus in die Hand spielte. Im Block der vier Parteien von 1945 traf Grotewohl auf den Kommunisten Walter Ulbricht (1893 -1973), der als langjähriger KPD-Funktionär vor 1933, danach in Frankreich und dann bis 1945 in der Sowjetunion andere Erfahrungen und andere Vorstellungen von der Umgestaltung Nachkriegsdeutschlands hatte. Ulbricht war der politische Macher, der Steuermann, der während der Emigration immer das ganze Deutschland im Auge hatte. Grotewohl war bis 1945 ein Kommunalbeamter, zudem 12 Jahre von staatlicher Tätigkeit ausgeschlossen. Er musste Frau und Kind ernähren und seine Verbindungen zu antifaschistischen Sozialdemokraten nicht abreißen lassen, was nicht ungefährlich war. Die zeitweise Haft bei der GESTAPO hatte ihn achtsam gemacht.

Für ihn völlig unvorbereitet hatten ihn seine Genossen des Zentralausschusses der ostzonalen SPD (ZA) zum Vorsitzenden gewählt, jetzt musste auch er auf ganz Deutschland blicken. Germer berichtet, im ZA hatten sie Otto Grotewohl *„...bei den zahlreichen Gesprächen als die überragende Persönlichkeit in diesem Kreis erkennen müssen. Doch Grotewohl sträubte sich, er behauptete, sich dieser großen Aufgabe nicht gewachsen zu fühlen.“*⁵¹ Die „Politische Chemie“ zwischen Grotewohl und Ulbricht war auch aus ihrer Vergangenheit – hier SPD, da KPD – und unterschiedliche Erfahrungen im Klassenkampf als auch in ihren Parteien belastet. Zwischen ihnen war Wilhelm Pieck die ausgleichende Kraft, für Ulbricht zudem der Parteichef. Für die im Lande verbliebenen Sozialdemokraten und Kommunisten war der Einheitsgedanke viel stärker vorgelebt, vielfach durch gemeinsames Überleben in KZs und Zuchthäusern sowie in der Illegalität entstanden und gewachsen. Die SPD-Genossen in Berlin hielten die sofortige Gründung einer Einheitspartei vielfach für wichtiger als die Neugründung von KPD und SPD. Die KPD-Führung war nicht gegen die Vereinigung, hielt aber den Zeitpunkt für verfrüht. Beide Überlegungen hatten ihre Berechtigung, waren real begründet, gaben aber dem historischen Prozess der zukünftigen Übernahme der Macht in Deutschland keine einheitliche Richtung. Otto Grotewohl machte in den Wochen und Monaten von Mai 1945 bis zum April 1946 eine komplizierte persönliche Entwicklung durch – für mich wuchs er über sich selbst hinaus, hier rundete sich seine politische Persönlichkeit Bebel'scher Schule ab. Er wollte die Vereinigung in ganz Deutschland.

Der in Hannover lebende ehemalige Reichstagsabgeordnete der SPD, Kurt Schumacher, hatte hier ein SPD-Büro eröffnet und sich selbst als Vorsitzender der SPD in den westlichen Besatzungszonen verstanden. Diese ursprüngliche Anlaufstelle für SPD-Funktionäre in diesen Zonen ist als „Büro Schumacher“ in die Geschichte

51 Karl Germer: Von Grotewohl bis Brandt, a. a. O., S. 37.

eingegangen. Schumacher hat einen Zusammenschluss von SPD und KPD kompromisslos abgelehnt. Die Kommunisten könnten in die SPD eintreten, er nannte sie auch manchmal „auf Abwege geratene Brüder der Arbeiterklasse“.⁵² Es geht hier nicht um die Bewertung der unterschiedlichen Positionen *auf Abwege geratene Brüder der Arbeiterklasse* zur Vereinigung mit der KPD im Zentrallausschuss in Berlin und Schumachers in Hannover, sondern wie die Protagonisten der SPD und der KPD 1945/46 mit diesen zwei Richtungen umgegangen sind. Dominierten persönliche Ambitionen oder Klasseninteressen? Natürlich war diese Kontroverse auch in Moskau bekannt geworden. Walter Ulbricht wurde im Januar 1946 nach Moskau zu Stalin gerufen, der den Parteizusammenschluss von KPD und SPD bis zum 1. Mai 1946 befürwortete.⁵³ Für Ulbricht mag das Umschwenken in Moskau wenig kompliziert gewesen sein, es entsprach seiner generellen Auffassung von der Notwendigkeit einer Einheitspartei der Arbeiterklasse. Als Organisator und Macher der Parteiarbeit galt sein Hauptinteresse immer der Macht der Partei bei der Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen – das entsprach seiner Funktion in der Partei. Dazu brauchte er die Fähigkeit zu geistiger Wendigkeit, um veränderte politische Bedingungen zu erkennen und sich darauf einzustellen. Diese Beweglichkeit wird ihm niemand absprechen. „*Die Umstände seines Werdens*“, schreibt sein langjähriger Mitarbeiter Herbert Graf, machten Ulbricht „*zu einem erfahrenen, unerschrockenen und mutigen Politiker... Prinzipientreue, taktisches Vermögen und ausgeprägte Vorsicht im Umgang mit Mächtigen und deren Umfeld waren ihm eigen... ein Stratege, der seine Karten bedeckt zu halten wusste.*“ Bei diesen Qualitäten ist es nicht verwunderlich, dass der angesehene Historiker und Publizist Sebastian Haffner Ulbricht 1966 „*als den erfolgreichsten deutschen Politiker nach Bismarck und neben Adenauer*“ bezeichnete.⁵⁴

Für Otto Grotewohl war die Situation komplizierter. Er hatte noch viele Verbindungen zu Kampfgefährten vor und nach 1933. Die Zusammenarbeit im „Block“ ließ sich gut an und mit den Genossen der KPD-Führung entwickelte sich ein Vertrauensverhältnis. Am 17. August 1945 schrieb Grotewohl an den amtierenden SPD-Vorsitzenden in London einen Brief, in dem er über die Arbeit des Zentrallausschusses informierte und auf seine Rückkehr nach Deutschland hoffte. „*Wir werden dann die Möglichkeit haben, manche Dinge, die von den verschiedenen Standpunkten aus gesehen werden in mündlicher Aussprache so schnell und so gründlich zu klären.*“⁵⁵ Grotewohls erster persönlicher Referent Wilhelm Meißner (1900 – 1995) hat im Januar 1993 im

52 Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 – 1952. A. a. O., S. 74.

53 Norbert Podewin: Walter Ulbricht: Eine neue Biographie. Berlin 1995, S. 187. Mario Frank: Walter Ulbricht, Eine neue Biographie, Berlin 2001, S. 204.

54 Herbert Graf: Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge. Berlin 2009, S.285

55 Brief Otto Grotewohls an Hans Vogel vom 17. August 1945. In SAPMO BArch, Akte NL 90/60, Blatt 217. Hans Vogel, geb. 1881, ist am 6. Oktober 1945 in London gestorben.

Interview mit mir Grotewohls persönlichen Schwierigkeiten nachgezeichnet.⁵⁶ „Grotewohl wollte Regelungen für ganz Deutschland und fühlte sich auch als Repräsentant nicht nur der SPD der sowjetischen Besatzungszone, sondern als Wortführer der SPD für ganz Deutschland.“ Kurt Schumacher erhob den gleichen Anspruch. Beide waren der Meinung, ein „Reichsparteitag“ der SPD müsste einen neuen Vorstand wählen und über eine Vereinigung mit der KPD ja oder nein entscheiden. Grotewohl wollte den Parteitag schnell, Schumacher erst nach Bildung einer deutschen Regierung und Aufhebung der Zonengrenzen. Einen Kompromiss zu suchen, trafen Grotewohl, Dahrendorf und Fechner im Oktober 1945 und im Februar 1946 mit Schumacher und SPD-Funktionären aus den Westzonen in Wennigsen bei Hannover zu Gesprächen zusammen.⁵⁷

Um mehr über die Gespräche mit Schumacher im Februar 1946 zu erfahren, hatte mir der amerikanische Historiker Prof. Harold Hurwitz, ein angesehener Forscher über die Nachkriegszeit in Deutschland,⁵⁸ eine Verbindung zu Grotewohls Mündel Nora Kuntzsch in Hannover hergestellt. Die zierliche alte Dame empfing mich kurz nach ihrem 80. Geburtstag am 9. Oktober 1992 gegen 10 Uhr in Ihrer Wohnung. Eine Stunde hatte sie für unser Gespräch vorgesehen. Stattgefunden hat es z. T. in ihrer Küche, während sie Mittagessen für uns vorbereitet hat, und gedauert bis in den Nachmittag hinein. Frau Kuntzsch arbeitete 1945/46 im Büro Schumacher und hatte die Gespräche zwischen Schumacher und Grotewohl vom Nebenzimmer z. T. mithören können. Auf meine Frage nach ihren Eindrücken von diesen Gesprächen sagte sie, dass Grotewohl „furchtbar verletzt war durch die Art, wie er besonders in Wennigsen von Schumacher behandelt worden ist ... Ich habe die Wirkung von Wennigsen auf Otto sehen können, als er von dort zurückkam... ich fragte ihn. Zunächst antwortete er nicht darauf, aber am Abend hat er mir dann gesagt, dass Schumacher ihn in unglaublicher Weise behandelt habe, wie einen lästigen Bittsteller und Verräter. Er habe ihn verhöhnt und er könne nicht mit Schumacher zusammenarbeiten.“⁵⁹ Hier muss ich nichts hinzusetzen.

Otto Grotewohl hätte in Braunschweig Ministerpräsident werden können. Seine langjährigen Freunde und SPD-Weggefährten aus seiner Zeit als Braunschweiger

56 Interview mit Wilhelm Meißner am 15. Januar 1993. In: Wolfgang Triebel: Gelobt und geschmäht. Wer war Otto Grotewohl? A. a. O., S. 185 ff.

57 Über die Konferenz mit Schumacher und anderen SPD-Funktionären der Westzonen in Wennigsen im Oktober 1945 siehe: Matthias Loeding: Otto Grotewohl kontra Kurt Schumacher. Hamburg 2004.

58 Harold Hurwitz: Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. 2. Bände, Köln 1990.

59 Interview mit Nora Kuntzsch in Wolfgang Triebel. Gelobt und geschmäht. A. a. O., S. 161/162.

Minister hatten diesen Platz für ihn reserviert.⁶⁰ Er hatte jedoch seinen Genossen in Berlin versprochen zurückzukommen, daran hat er sich gehalten. Vehement wies Frau Kuntzsch zurück, Grotewohl deswegen einen Verräter zu nennen. Es wäre umgekehrt zu fragen, ob Kurt Schumacher Verräter an der Arbeiterklasse genannt werden kann, weil er die Vereinigung mit der KPD ablehnte⁶¹ und auch die Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuss der SPD in Berlin. In diesem Punkt war es Eifersucht, Grotewohls Ansehen in seiner früheren politischen Heimat und in Berlin, seine Vertrauen erweckenden Umgangsformen und sein überlegtes Handeln machten ihn zu einem ernst zu nehmenden politischen Konkurrenten Schumachers für den Parteivorsitz. Schumachers Argument, ein Reichsparteitag sei nicht machbar, solange die Zonengrenzen bestehen, war eine Ausflucht. Nach der Gründung der SED in der sowjetischen Besatzungszone im April 1946 berief Schumacher den ersten Nachkriegsparteitag der SPD der drei westlichen Besatzungszonen zum 9. - 11. Mai 1946 in den Hanomag-Werken in Hannover ein. Damit hatte er Otto Grotewohl als seinen Gegenkandidaten für den Parteivorsitz verhindert.

Gegensätzliche Positionen und auch Missverständnisse betr. einer Einheitspartei gab es zur Genüge bei Kommunisten und Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone. Nur die Art der Auseinandersetzung war eine andere. Legt man die Protokolle der Konferenzen mit Schumacher in Wennigsen und die der beiden Sechzigerkonferenzen zwischen Funktionären von KPD und SPD vom Dezember 1945 und Februar 1946 in Berlin nebeneinander, dann bestechen Ernsthaftigkeit, Sachlichkeit und Zielstrebigkeit der Argumente der Genossen beider Parteien in Berlin. Hier wurde um gemeinsame Standpunkte gerungen, Fehler der Vergangenheit nicht ausgespart und persönliche Anschuldigungen unterlassen. Sich heute auf solche respektvollen Umgangsformen zwischen Kommunisten bzw. politisch Linken und Sozialdemokraten zu besinnen, das wäre ein erster Schritt, Grotewohls Idee und Überzeugung von der „*Volkssouveränität*“ Leben einzuhauchen.

Unzweifelhaft hat Schumacher einen gehörigen Anteil daran, dass der Zusammenschluss von KPD und SPD zu *einer* gesamtdeutschen sozialistischen Arbeiterpartei nicht zustande gekommen ist. Sicher spielten die westlichen Siegermächte dabei eine maßgebende Rolle. Grotewohl begründete seine Zustimmung zur Vereinigung nur in der Ostzone damit, dass die auf diese Weise gesicherte politische Macht in Händen einer vereinten Partei der Arbeiterklasse, wenn auch zunächst nur in der sowjetischen Zone, politische Ausstrahlung auf Sozialisten und Kommunisten im Westen haben wird. In seinem Schlusswort auf der

60 Ebenda, S. 168.

61 Für Schumachers nahezu fanatische antikommunistische Aversionen gibt es für mich nach allem, was er im KZ Dachau an Hilfe von Kommunisten erfahren hat, keine nachvollziehbaren Erklärungen.

zweiten 60er-Konferenz von KPD und SPD am 26. Februar 1946 sagte er u. a.: *„Ich bin aber auch davon überzeugt, Genossen, sobald die Westmächte erkennen, dass die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ein so großer politisch entscheidender Block innerhalb des deutschen Volkes geworden ist, wie sie es werden wird, so wird man an diesem Block und dieser politischen Willensbildung auch im Westen nicht vorbeigehen können.“*⁶² „Sehr gut“ vermerkte das Protokoll. Euphorie und eine gewisse Naivität sind oft nahe beieinander. Bis heute haben Regierungen kapitalistischer Staaten politische Zusammenschlüsse von Arbeitern oder des Volkes zu wirksamen politischen Parteien zu verhindern gewusst und praktizieren es weiterhin.

Kurt Schumacher wollte jegliche Ausstrahlungen von Ost nach West verhindern, aber von West nach Ost forcieren. Das geht aus einem Brief von ihm vom 3. November 1947 an Paul Löbe hervor: *„Wir haben jetzt ein sehr dichtes Netz von Vertrauensleuten in allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone.“*⁶³ Das „Ostbüro der SPD“ hatte in Westberlin 1946 seine Arbeit aufgenommen. Der Kalte Krieg hatte eingesetzt. Der zu dieser Zeit nur von der britischen Besatzungsmacht autorisierte Hannoversche SPD-Parteivorstand beteiligte sich daran.

Nun muss man von Schumacher aber auch wissen, dass er im Kontext der beginnenden Verfassungsdiskussion in den Westzonen am 8. November 1946 zusammen mit Dr. Viktor Agartz und Dr. Gerhard Weisser ein Papier vorgelegt hat mit der Überschrift *„Einbau des Gedankens der ‚Wirtschaftsdemokratie‘ in die Verfassung.“*⁶⁴ Der Kerngedanke der zwei Seiten besteht darin, *„dass Wirtschaftsdemokratie und politische Demokratie in geeigneter Weise miteinander gekoppelt werden und zwar so, dass die oberste Entscheidung bei den Einrichtungen der politischen Demokratie liegt.“* Den Wirtschaftsleitungen auf Kreis-, Bezirks-, Landesebenen und in der Zentralgewalt werden Beiräte aus Vertretern der Unternehmensleitungen und Gewerkschaften zugeordnet. Per Hand (Schumacher?) ist hinzugesetzt, *„Das Primat der Politik sollte unbedingt auf allen Stufen anerkannt werden. Daher Wahl der Vertreter aller Kategorien durch die politische Vertretung der jeweiligen Stufe auf Vorschlag der zuständigen Organisation.“*⁶⁵ Dass kein Buchstabe

62 Otto Grotewohl und die Einheitspartei. Dokumente Band 1 Mai 1945 bis April 1946. Edition Luisenstadt, Berlin 1946. Einleitung von Wolfgang Triebel, S. 302. Dem ersten Magistrat von Groß-Berlin ab Juni 1945 gehörten 6 Kommunisten, 4 Sozialdemokraten, 3 CDU-Mitglieder und 5 Parteilose an.

63 Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 – 1952, a. a. O., S. 528.

64 Viktor Agartz (1897 – 1964) seit 1915 Mitglied der SPD, studierte Volks- und Betriebswirtschaft sowie Rechtswissenschaften. Wurde 1946 von den Briten in die Leitung des Wirtschaftsrates berufen; in der SPD trat er für die Demokratisierung der Wirtschaft ein. Gerhard Weisser war Generalsekretär des Zonenbeirates.

65 Archiv der sozialen Demokratie der SPD, Akte Schumacher Nr. 249.

und kein Komma dieses Papiers in das Grundgesetz der BRD eingegangen ist, sei wenigstens erwähnt. Auch wenn Schumacher mit einer Einheitspartei unüberwindliche Probleme gehabt hat, seine Vorschläge für eine Wirtschaftsdemokratie sind heute mehr denn je hochaktuell. Sein Antikommunismus wird als ewige Schuld seine Biographie schmälern, seine Wirtschaftsdemokratie haben diejenigen verhindert, die seinen Antikommunismus als freiheitliche Demokratie feierten und noch heute feiern. Auch eine andere kluge Feststellung Schumachers haben seine Zeitgenossen und Nachfahren in der SPD bis heute nicht begriffen: *„Die besondere ökonomische Situation Deutschlands zwingt gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zur stärksten Betonung planwirtschaftlicher Grundsätze, die nicht nur die Reihenfolge und Wichtigkeit der einzelnen Zweige der industriellen Produktion bestimmen, sondern auch Wiederaufbaugewinne auszuschalten hat.“*⁶⁶ Kurt Schumacher und Walter Ulbricht hätten zur Entwicklung der Planwirtschaft in einem antifaschistisch-demokratischen Deutschland sicher manchen Strauß miteinander ausgefochten, aber im Grundsatz waren sie durchaus einander ähnlich, auch was den Umgang mit Mitarbeitern anging.

Resümee

Im Mittelpunkt dieser Überlegungen standen vier mit der Entwicklung ab Mai 1945 direkt verbundenen und dadurch herausragende Repräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung. Fünfundsiebzig Jahre später über ihr Denken und Handeln von damals mit richtig oder falsch zu urteilen, lehne ich für mich als unsachlich ab. Sie hatten aus ihrem jeweiligen Verständnis der politischen Lage Entscheidungen zu treffen – die jedoch von ausländischen Mächten bestätigt oder verweigert werden konnten und auch verweigert worden sind. Alle von diesen vier aufgeworfenen politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten von 1945 sind unverändert aktuell. Wilhelm Pieck verkörpert noch heute einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Otto Grotewohls Auffassungen zur *„Volkssouveränität“* bei der Ausarbeitung der Verfassung der DDR sind wahre Lehrbücher der praktischen Arbeit politischer Verantwortungsträger, damit sie sich als Diener des Volkes, nicht als seine Kommandeure verstehen lernen. Herbert Graf schrieb über Ulbricht: *„Der Arbeiterführer Walter Ulbricht, dem im Leben so viel gelungen war, erfuhr bei der Änderung des politischen und ökonomischen Systems in der DDR [gemeint 1970/71. W.T.] seine größte Niederlage.“*⁶⁷ Das von ihm 1963 initiierte neue System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wurde von seinem Nachfolger durch Voluntarismus

66 Kurt Schumacher: Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945 – 1952. A. a. O., S. 244. (der grammatisch unkorrekte Satz steht so im Original. W. T.)

67 Herbert Graf: Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge. Berlin 2008, S. 467.

und Dogmatisierung von Verstaatlichungen ersetzt.⁶⁸ In der alten Bundesrepublik wurde Ulbrichts Planwirtschaft schon immer als eines Teufels Werk diffamiert. Planung der Volkswirtschaft ist zu sehr sozialistisch, „Planung“ von Profiten in den Sozialbereichen dieses Landes führte zu unbegreiflichen Mängeln im Lehrerberuf, im Gesundheitswesen, in den Dienstleistungen und im öffentlichen Nahverkehr, um nur einige Beispiele anzuführen. Kurt Schumacher wollte mit seinen Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie diesem System und den Großkonzernen in der Bundesrepublik wenigstens Zügel anlegen.

Sie alle waren Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung mit Erfolgen in ihrer Tätigkeit. Sie mussten Niederlagen einstecken, nicht alle ihre Entscheidungen beruhten auf ausgereiften Einschätzungen politischer Kräfteverhältnisse, und nicht alle Berater waren uneigennützig Gleichgesinnte in Weltanschauung und Moral. Kernfragen ihres politischen Engagements, mehr Einfluss und mehr Rechte des arbeitenden Volkes, die nach 1945 mit ihrer Person verbunden werden, bestehen auch heute noch: Bildung eines antifaschistischen Blocks, Durchsetzung der Volkssouveränität, staatliche Voraussicht und Sorgfalt bei der Wahrnehmung der Verantwortung für die gesellschaftlichen Sozial- und Kulturbereiche und mehr Demokratie in der Wirtschaft. Aber leider ist auch Schumachers individueller Antikommunismus in der Bevölkerung der Alt-Bundesrepublik allzu tief verankert, als dass er kurzfristig überwunden werden könnte, noch dazu, wenn er ständig mit stereotypen politischen Kampfbegriffen neu angeheizt wird. Keiner der vier Repräsentanten der Arbeiterklasse von 1945 hat seine politischen Ziele und Ideale in ihrer Fortführung durch ihre Nachfolger erlebt – wie der Volksmund dazu sagt: vielleicht würden sie sich im Grabe umdrehen, könnten sie sehen, was die Enkel daraus gemacht haben. Wie dem auch sei: Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Kurt Schumacher sind und bleiben Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, und das ist mehr als nur Figur der Zeitgeschichte zu sein. Es ist heute verständlich, schreibt Eberhard Fromm in seinem Buch *„Der Kult der großen Männer“*, *„...dass man aus der Sicht verschiedener politischer Kräfte innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung deren Geschichte neu befragt -und zwar zu grundsätzlichen Problemen. Dabei werden viele gängige Wertungen verschwinden.“*⁶⁹

Gesellschaftliche Krisen enthalten immer auch Keime für gesellschaftliche Umwälzungen, die nicht von einem Tag zum andern, nicht von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, sondern in Jahrhunderten vollzogen werden. Immer stehen sich menschlich wohlthuender Optimismus und Beharren auf menschenverachtende Machtpolitik

⁶⁸ Hierzu ausführlich siehe: Ulbrichts Reformen. Das neue ökonomische System. Beiträge einer Konferenz. Hrg. Ekkehard Lieberam, Lothar Poppe, Roland Wötzel. Berlin 2015.

⁶⁹ Eberhard Fromm: *Der Kult der großen Männer*. Berlin 1991, S. 49.

gegenüber. Die von gesellschaftlichem Optimismus getragenen vorangegangenen historischen Zeitabschnitte und die daraus erwachsenen bedeutenden Persönlichkeiten sind die Träger und Repräsentanten kultureller und gesellschaftlicher Umbrüche. Für die Arbeiterklasse sind Marx und Engels zwei der von Engels in der Einleitung zur *„Dialektik der Natur“* beschriebenen *„Riesen an Denkkraft und Charakter“*. ***Was ihnen aber besonders eigen, das ist, dass sie fast alle mitten in der Zeitbewegung, im praktischen Kampf leben und weben, Partei ergreifen und mitkämpfen ... Daher jene Fülle und Kraft des Charakters..., Stubengelehrte sind die Ausnahme: entweder Leute zweiten und dritten Rangs oder vorsichtige Philister, die sich die Finger nicht verbrennen wollen.“***⁷⁰

Warum abschließend gerade dieser Auszug aus der Schrift von Engels? Ich kann mir kaum eine bessere Darstellung von Charakteristika historisch bedeutender Persönlichkeiten vorstellen, die wegen ihrer Leistungsfähigkeiten aus der übrigen Gesellschaft herausragen und kraft ihres vorausschauenden Denkens und Handelns von den Menschen um sie herum an die Spitze progressiver gesellschaftlicher Bewegungen gestellt werden. Engels hat in diesem Text das Persönlichkeitsbild von Renaissancemenschen beschrieben, die alles aus der griechischen Antike über deren Zeit hinaus Erhaltenswerte für die neue Zeit nutzbar machen wollten. Sie haben dank ihrer vielseitigen Bildung in den Naturwissenschaften die Herausbildung und Entwicklung neuer Produktivkräfte erkannt, sich zu ihnen bekannt und bei ihrer Verbreitung mitgewirkt. Die Macht des Feudaladels wurde gebrochen und die neue soziale Schicht des Städtebürgers verschaffte sich Respekt.

Die Herausbildung der Renaissance war eine historisch optimistische Periode. Viele der zunächst progressiven unternehmerisch-schöpferischen Elemente des Kapitalismus mündeten im 20. Jahrhundert in den Weltherrschaftsanspruch des Faschismus, das bisher zerstörerischste Herrschaftssystem in der Menschheitsgeschichte. Die bisherigen Zeitabfolgen der Menschheitsentwicklung belegen, jede historische Epoche bringt kraft ihrer Ideen und Leistungen ihre eigenen Persönlichkeiten hervor. Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen nehmen politische Persönlichkeiten aber erst dann, wenn sie Menschen hinter sich vereinigen, die ihre Ideen umsetzen. Die Heroen um Da Vinci, Machiavelli, Luther usw. formulierten nach den Erfahrungen des Volkes ein neues Weltbild und gaben dem menschlichen Streben neuen Sinn und neuen Inhalt. Die Massenmörder Hitler, Mussolini und ihre Kumpanei und auch ihre heutigen Nachbeter waren bzw. sind Handlanger unersättlicher Großkapitalisten. Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Schumacher *„...waren weder absolute Herrscher noch Diktatoren, die über dem politischen Machtapparat standen und ihn als bloßes Instrument benutzten. Sie waren*

vielmehr Teil dieses Apparates, der sie ebenso benötigte wie sie ihn. Sie waren daher nicht fähiger, besser, klüger und mutiger als es der Apparat war, den sie in gewisser Weise repräsentierten.“⁷¹

Die Bewegung des aufstrebenden Bürgertums *führte „zu einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise... Jede dieser Entwicklungsstufen der Bourgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. ... Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt.“⁷²* Mit dem Ersten Weltkrieg im 20. Jahrhundert begann der Kampf um die Neuaufteilung der Macht zwischen den kapitalistischen Staaten und die Fortsetzung der Kolonialisierung der übrigen Welt. Das war der Anfang der Selbstzerstörung bürgerlich-liberaler Denk- und Lebensweisen. Jetzt, im 21. Jahrhundert, taumelt die Menschheit scheinbar blind in einen von Deutschland und den USA aufgeheizten faschistischen Orkus hinein, der die Hölle in Dantes „Divina Comedia“ übertreffen wird, wenn diesem Trend nicht Einhalt geboten wird. Neue Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und des Volkes sowie aus der bürgerlich-demokratischen Intelligenz müssen aus den Völker erwachsen, nicht aber aus den jetzigen politischen Eliten.

Die Engelsschen „*Riesen an Denkkraft*“ der Renaissance haben der Aufklärung, dem Humanismus und einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft den Weg geebnet. Die beiden „*Riesen an Denkkraft*“ des 19. Jahrhunderts, Karl Marx und Friedrich Engels, haben den ökonomischen Mechanismus des kapitalistischen Wirtschaftssystems aufgedeckt und in ihrem Kommunistischen Manifest die politischen Mittel skizziert, die einen profitbestimmten Missbrauch und eine ebensolche Verschwendung der dem kapitalistischen System innewohnenden materiellen, sozialen und kulturellen Potenzen verhindern können. Die aus der nachfolgenden Generation der Arbeiterbewegung erwachsenen Persönlichkeiten wie August Bebel, Wilhelm und Karl Liebknecht, Wladimir Iljitsch Lenin, Rosa Luxemburg und andere kämpften – leider erfolglos – gegen zwei imperialistische Raubkriege zur Neuaufteilung der Welt zwischen den mächtigsten kapitalistischen Staaten. 1945, nicht ganz einhundert Jahre nach der Erstveröffentlichung des Kommunistischen Manifestes, traten vier aktive und in der Bewegung ihrer Klasse anerkannte Persönlichkeiten in den Vordergrund, deren Ziel, in Deutschland die Bourgeois-Diktatur durch die Herrschaft der Arbeiterklasse abzulösen, scheiterte an der Uneinigkeit der Protagonisten beider deutscher Arbeiterparteien über Art, Weg, Zeitpunkt und Inhalt der Vereinigung beider Parteien. Was immer im Gefolge der Befreiung Deutschlands und Europas vom Hitlerfaschismus an sozialistischen Staatsgründungen und um 1960 an Entkolonialisierung in Afrika und auf anderen

71 Eberhard Fromm: Der Kult der großen Männer. A. a. O., S. 111.

72 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW Band 4, Berlin 1959, S. 464.

Kontinenten erreicht worden ist, allem stand und steht die ökonomischen Macht und die entfesselte militärische Gewalt des aggressiven miteinander vernetzten Weltimperialismus gegenüber. Trotz der Niederlagen der Arbeiterklasse in Europa und neuer Abhängigkeiten von Staaten Afrikas und Lateinamerikas von einstigen kolonialen „Mutterländern“ münden alle humanistischen Ideen, sozialistischen und antikolonialen Erfahrungen in eine einzigartige Lehre: **Verbot aller militärischen Rüstung und aller Militärkoalitionen und Verweigerung jeglichen Militärdienstes durch die Völker in allen Ländern.** Das ist nach heutigem politischen Erkenntnisstand aus den Leiden von Millionen Menschen in zwei Weltkriegen im 20. und Dutzenden anderer Kriege im 21. Jahrhundert die Hauptschlussfolgerung. Eine neue Generation von Arbeiterführern muss von ihren Vorgängern lernen, die Volksverführer aus den politisch tonangebenden Eliten heute durch den Volkswillen nach Frieden in die

Schranken zu weisen.

Zur Gestaltung der Tätigkeit des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE bis Ende 2020

Die durch das Andauern der Coronapandemie gegebenen Bedingung und Auflagen sind so, dass eine Einladung zu unseren gewohnten Donnerstag-Veranstaltungen *zur Zeit* nicht sinnvoll wäre. Wir haben uns deshalb entschlossen, die bisher ausgefallenen und die noch ausstehenden Themen dieses Jahres in der *Geschichtskorrespondenz* zu behandeln, bis eine normale Veranstaltungstätigkeit wieder möglich ist. Über Veränderungen werden wir rechtzeitig informieren (*Geschichtskorrespondenz, neues Deutschland, junge Welt*).

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4
Tel. 030-6597079

Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13035 Berlin
Tel. 030-9866574